

# Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

## Was geht's uns an?

Ulrich Peter

**Es ist wieder Pogrom-Zeit in Deutschland**

**Interview mit einem Flüchtling aus Hoyerswerda**

Martin Stöhr

**Friedensperspektiven in Nahost**

Theodor Schulze

**„Du lebst, solange du lernst.“ Für Chaim Seeligmann**

**Resolution zum Lehrverbot für Eugen Drewermann**

**Tagungsberichte B.R.S.D. und ILRS**

Im Einzelverkauf DM 5.-

Neue Folge 15. Jg.

Dezember 1991

# 4/91

## Zu diesem Heft

**Was geht's uns an?** Diese Frage steht provozierend über den Beiträgen dieses Heftes. Gibt es „Eine Welt? Oder zwei, drei, vier?“ hatten wir am Schluß des letzten Heftes gefragt. Von den vielerlei Beiträgen zum Thema mußten wir diejenigen zum Themenbereich Lateinamerika/Nicaragua auf die folgende Nr. 1/92 verschieben, was sich angesichts des 500jährigen Gedenkens an 1492 (Der indianische Kontinent entdeckt die Habgier der Europäer) nahelegt. Nur **Udo Fleiges** Bericht von unserem Nicaragua-Projekt gehört in den Kontext der Jahrestagung der Religiösen Sozialisten und der dort gefaßten Resolutionen.

So steht am Beginn das Thema Ausländerhaß/Neonazismus in Deutschland. **Ulrich Peter** hat nicht nur in Hersfeld dazu Stellung genommen, sondern auch ein Interview mit einem betroffenen Flüchtling mitgebracht.

**Martin Stöhr** hat für die christlich-jüdischen Gesprächspartner in unserem Land Thesen formuliert, die den Dialog nach dem („zweiten“!) Golfkrieg klären und (wieder)aufbauen helfen sollen. Sie sind auch für uns Impuls zu Diskussion und Engagement.

Damit sind wir beim jüdischen Partner, der uns in der Gestalt unseres Freundes Chaim Seeligmann exemplarisch entgegentritt. **Theodor Schulze**, Professor in Bielefeld, hat in seiner Laudatio nicht nur den Menschen Seeligmann, sondern auch seine „Heimat“, die Kibbuzbewegung, als Beispiel einer Verwirklichung sozialistischer Ideen (abseits der „großen Politik“) beschrieben und damit ganz behutsam und indirekt Fragen aufgegriffen, die uns existentiell bewegen.

Zwei Buchbesprechungen schließen, wie aufmerksam Lesende merken werden, besonders daran an und erinnern an die leidvolle Geschichte der Juden in einer „christlich“ geprägten bzw. deutschen Umwelt. Nicht vergessen, um Gottes willen nicht vergessen ...

**George MacLeod**, von dem **Christof Kötter** berichtet, und die Community of Iona waren mir immer nur durch Erzählen (und Filmberichte) ein Begriff. Es ist beeindruckend, wie dort in Schottland geistliches Leben und politisches Wirken ineinander gehen. Schade, daß die Kontakte so dürftig sind - bisher.

Einen großen Teil nehmen diesmal naturgemäß die Berichte und Beschlüsse von Tagungen der Religiösen Sozialisten, international und in Deutschland selbst, ein.

**Was geht's uns an?** Diese Frage wäre, arrogant gestellt, das Ende christlicher Existenz, das Ende von Zivilisation, Kultur, Toleranz und Demokratie. Wir haben neu zu lernen, daß Nichteinmischung nicht etwa Unbeflecktbleiben bedeutet, sondern Sünde ist - im Leben des einzelnen Menschen, aber auch im Leben der Nationen. Kein Volk lebt für sich allein. Wir sind ein Teil der Einen Welt. Dieser Gedanke soll uns auch 1992 bewegen, im Blick auf Lateinamerika bzw. die Zweidrittel-Welt (manche sprechen schon von „Dreiviertel-Welt“), auf Reich und Arm, Zentrum und Peripherie bei uns in Deutschland bzw. Europa.

Auf ein mit Engagement und Einsatz gesegnetes Neues Jahr!

Euer Erhard Griese

du himmlischer vater - und mutter  
 du untergründiges geheimnis  
 «die Wege sind oft krumm - und  
 doch gerade  
 darauf du läßt die kinder zu dir  
 gehen  
 da pflegt es fremd und seltsam aus-  
 zusehen  
 doch triumphiert zuletzt dein hoher  
 rat»  
 so komme denn dein geist über uns  
 ströme ein in uns  
 an unsern wunden stellen  
 ströme ein in unsre schüchternheit  
 die unsere begierde geliebt zu sein  
 überdeckt  
 in unsern stolz unsre  
 empfindlichkeit  
 unter denen die angst liegt nichts  
 wert zu sein  
 ströme ein in unsre gleichmütigkeit  
 unter der die wut köchelt  
 daß wir unser glück noch nicht  
 gefunden haben  
 in unsre furcht vor den schmerzen  
 weil es uns gut ging  
 und wir nichts fahren lassen wollen  
 was unser war  
 ströme ein in unsre lebenslust  
 die wir nicht recht zu spüren  
 bekamen  
 komm über uns  
 wo wir wund sind  
 damit wir dir entsprechen  
 und zu uns selbst kommen

alles kranke müde und unechte  
 die schuld und den stolz  
 nimm uns ab  
 mach uns heil  
 du heilender geist  
 speise und tränke uns  
 damit wir kräftig werden  
 zu leben und etwas auszurichten  
 wir gedenken vor dir der not der  
 völker  
 des hasses in jugoslawien  
 des hasses der furcht und der  
 kleinen hoffnung  
 in israel und palästina in syrien und  
 im libanon  
 wir gedenken der unsicherheit und  
 des zorns  
 in den ländern osteuropas  
 das brot und der wein  
 den wir teilen  
 verbindet uns  
 mit unsrem bruder jesus  
 und mit den schmerzen und  
 hoffnungen  
 unsrer geschwister  
 auch die schöpfung  
 wird frei werden  
 von der knechtschaft der  
 vergänglichkeit  
 zu der herrlichen freiheit der kinder  
 gottes

Hans-Adam Ritter

Ulrich Peter

## „Es ist wieder Pogrom-Zeit in Deutschland“

### 1. Wo ist Hoyerswerda?

Wer von uns Wessis hat bis vor 4 Wochen überhaupt gewußt, daß es Hoyerswerda gibt? Wer weiß denn überhaupt, was dies für eine Stadt ist, in der Angriffe gegen ein Asylbewerberheim in einer Brutalität und Breite stattfanden, daß Heinz Galinski von der Jüdischen Gemeinde Berlin vom ersten Pogrom in Deutschland nach 1945 sprechen konnte? Pogrom - das ist ein Begriff, mit dem die Judenverfolgungen der Nazis beschrieben werden und den der Fremdwörter-Duden übersetzt mit „Hetze, Ausschreitungen gegen nationale, religiöse, rassistische Minderheiten“. Was ist so neu an Hoyerswerda, daß wirklich von einem Pogrom gesprochen werden muß?

Angriffe gegen Flüchtlinge und Ausländer gab es schon häufiger, ebenso Rechtsradikalismus.

Neu ist: - eine Bevölkerung, die in relevanten Teilen die Angriffe Rechtsradikaler gegen ein Asylbewerberheim bejubelt und die „Skins“ anfeuert.

Neu ist: - eine sächsische Landesregierung (unter dem Wessi Kurt Biedenkopf), die „aufgrund von Personalmangel“ sich nicht in der Lage sieht, dieses Heim rund um die Uhr und ausreichend zu beschützen (die

allerdings zwei Wochen später in der Lage ist, 2000 Polizisten bei einer antifaschistischen Demonstration in eben diesem Hoyerswerda aufzubieten.).

Neu ist: - ein Staat, der vor Rechtsradikalen kapituliert, die Asylsuchenden aus Hoyerswerda evakuiert und den rechtsradikalen Gruppen dadurch das Gefühl vermittelt, gewonnen zu haben. („Schafft 2, 3, 4, viele Hoyerswerdas!“ fordern in Berlin zirkulierende Skin-Flugblätter.)

Neu ist: - ein Stadtparlament, das einstimmig mit den Stimmen von SPD/CDU/FDP/PDS und zu allgemeinem Entsetzen auch Bündnis 90/Grüne (!) - eine Resolution beschließt, in der der Abtransport der Asylbewerber begrüßt wird, da so endlich wieder Ruhe und Frieden in Hoyerswerda eingekehrt sind.

Nicht so neu ist, daß kaum ein Presseorgan und kein Politiker die Frage aufwirft, warum dies gerade in Hoyerswerda geschehen konnte.

Dabei wäre das nicht schwer zu beantworten. Hoyerswerda ist ein Stadt mit ca. 70.000 Einwohnern im südöstlichen Sachsen, nahe der Grenze zu Polen. Die Stadt ist innerhalb einiger Jahrzehnte von einer Ackerbürgerstadt zu einem Industriezentrum geworden. Hoyerswerda ist Braunkohlengroß- und

war in der DDR Synonym für das Gasveredlungskombinat „Schwarze Pumpe“. „Schwarze Pumpe“ ist heute noch der größte Braunkohlenveredlungskomplex auf der Welt. Auf einer Fläche von 3,5 mal 5,5 km sind drei Brikettfabriken, drei Kraftwerke, ein Druckgaswerk und eine Kokerei konzentriert. Die Brikettfabriken sind ebenfalls die größten der Welt. Seit 1955 ist für die über 10.000 Beschäftigten das „neue Hoyerswerda“ aus dem Boden gestampft worden, in Plattenbauweise in unwirklicher, öder Hochhausarchitektur. Man kann einen Menschen mit der Axt, aber auch mit einer Wohnung erschlagen! Dieses Brecht-Zitat ist in Hoyerswerda sicher nicht rezipiert worden. Erschlagen kann man einen Menschen auch mit seinen „natürlichen Lebensgrundlagen“. Hoyerswerda ist ökologisches Notstandsgebiet. Zentimeterdick ist die Braunkohlenschicht auf dem Boden in der Umgebung des Kombinats. Auf rund 700.000 Kubikmeter wird der verseuchte Boden um das Werksgebiet herum geschätzt. Zahlreiche Abfalldeponien und Teer-Seen prägen die Landschaft. Hier leben Menschen, hier wachsen Kinder und Jugendliche heran. Nur: Mit welcher Perspektive wachsen sie auf?

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß sich das Kombinat „gesundschumpfen“ wird, daß es „abgewickelt“ werden muß. Wer

weiß heute, wie lange er noch Arbeit hat?

In dieses Gebiet, zu Leuten, die sich von allen, ob in Bonn oder Dresden, verschaukelt fühlen, schicken Beamte, die Vorgaben der Politiker „exekutieren“, eine Gruppe von Asylsuchenden, die aufgrund ihrer Fremdheit und ihrer Hautfarbe sofort auffallen. Es kann doch diesen Bürokraten nicht unbekannt gewesen sein, daß am „realen Sozialismus“ vor allem sein proklamierter Internationalismus am irrealsten gewesen ist. In der alten DDR gab es nur selten ein Zusammenleben von DDR-Bürgern und Ausländern. Ausländische Arbeiterinnen, die schwanger wurden, hatten oft nur die Alternative „Abtreiben oder zurück ins Heimatland“.

Die Integration, die im Ruhrgebiet 20 Jahre gedauert hatte, sollte jetzt in Hoyerswerda im Nu gelingen - aber unter anderen Vorzeichen, unter deutlich schlechteren Bedingungen. Ins Ruhrgebiet kamen die Ausländer zur Blütezeit der Industrie. Und in Hoyerswerda?

„Hier ist ja sowieso alles im Eimer. Und jetzt schicken sie uns noch aus dem Westen die Ausländer!“ Teile der Bevölkerung müssen dies in der Tat als weitere Bestrafung empfunden haben. An den Asylsuchenden hat sich die Erniedrigung, die Wut, die betrogene Hoffnung seit der Wiedervereinigung und die Erfahrung der Ohnmacht entladen.

Hoyerswerda war wieder oben auf. „Wir zeigen es denen, sowohl in Bonn wie in Dresden. Alles kann man mit uns nicht machen! Wir setzen uns zur Wehr!“

Dies ist für mich die Erklärung für den Beifall, den Menschen in Hoyerswerda den angreifenden Rechtsextremisten klatschten. Statt die Wut gegen die Verursacher zu richten, richtet sie sich gegen die noch Schwächeren.

Hinzu kam die Unfähigkeit oder der Unwille der Staatsorgane, die Asylbewerber zu schützen. Ich stelle mir vor, eine Gruppe von Autonomen hätte irgendwo eine amerikanische Liegenschaft angegriffen. Hätte auch in diesem Fall die Polizei wegen Personalmangels abgewartet?

Und dann der vollständige „Sieg“! Ein paar Dutzend Faschisten veranlassen die Bundesrepublik zum Rückzug! Hoyerswerda ist „asylantenfrei“ ... Wer hätte das vor Hoyerswerda für möglich gehalten? Ist Bonn doch Weimar?

## 2. Hoyerswerda ist überall

Wir verdanken der Bundesregierung und leider auch den meisten Exponenten der SPD eine recht einfache Erklärung der Ausländerfeindlichkeit. Diese beruhe eben darauf, daß die Osis keine demokratischen Traditionen haben. Rassismus wäre ein hausgemachtes DDR-Problem. Schließlich habe es mit Wissen und Billigung der StaSi

schon vor der Wende Skins in der DDR gegeben. Ich frage mich dann, welche demokratischen Traditionen diejenigen geleitet haben, die in Hünxe die beiden libanesischen Kinder angezündet haben; oder diejenigen, die in Recklinghausen Ausländerwohnheime angegriffen haben - oder die, die in Berlin Türken überfallen!

Zwei Drittel aller Anschläge und Angriffe gegen Ausländer in den letzten Monaten fanden in der Alt-Bundesrepublik statt, sowohl in Groß- wie in Kleinstädten, in SPD- wie in CDU-Gebieten. Und es sage mir niemand, Rassismus sei etwas für Deklassierte und Unterschichtler!

Jeder arbeitet mit den Möglichkeiten, die er erworben hat. Da gibt es die Skins, die sich die Finger schmutzig machen - und andere, die dies zwar nie tun würden, es aber mehr oder weniger klammheimlich billigen. (So hat es ein Sozialdiakon der evangelischen Kirche in Berlin-Lichtenberg, der mit Skinheads arbeitet, treffend ausgedrückt.)

Da gibt es in Berlin-Dahlem die Traditionsgemeinde der Bekennenden Kirche, die nun einer Gruppe von aus Hoyerswerda geretteten Flüchtlingen Obdach gewährt. So etwas hat in der dortigen Kirchengemeinde Tradition; hier wurden schon viele Zeichen gesetzt. Aber - da gibt es in der Nachbarschaft eine „Initiative gegen Rechtsradikalismus“, die Unterschriften sammelt mit dem Ziel, zu erreichen, daß die

Asylsuchenden dort wieder ausziehen, damit es nicht zu Übergriffen von Rechtsradikalen kommt. Gutbetuchte Dahlemer Bürger mit der besten Schulbildung, selbstverständlich über den Vorwurf des Rassismus erhaben ... Das ist doch was für Proleten und nicht denkbar in der Gemeinde eines Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer, Kurt Scharf ...

Hoyerswerda in Dahlem?

## 3. Was hat die Wahl in Bremen mit Hoyerswerda zu tun?

Viel. Im Zentrum des Wahlkampfes stand die „Asylantenfrage“. Insofern ist das Ergebnis der Wahl ein deutliches Abbild der Massenstimmung in der Bremer Bevölkerung. Die SPD hat 12% Stimmen verloren, und die rechtsradikale DVU hat 5% hinzugewonnen. Das sind die nüchternen Zahlen. Wichtig ist jetzt die Interpretation dieses Ergebnisses. Die wissenschaftlichen Analysen zeigen u.a. auf, daß die DVU gerade in den Arbeiterbezirken überdurchschnittlich stark hinzugewonnen hat und daß 15% der jungen Arbeiter diesmal DVU wählten. In Bremen ging eine SPD-Regierung in den Wahlkampf, die von Skandalen geschüttelt war. Diese Regierung war vor fünf Jahren mit absoluter Mehrheit angetreten. Von den Wahlversprechungen war praktisch nichts realisiert worden. Die sozialen Probleme der Stadt sind ungelöst. In den letzten Jahren

brach der Wohnungsmarkt zusammen. Der Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeyer, in den 70er Jahren Juso-Chef, hatte diesmal gleich auf ein Wahlprogramm mit Sachaussagen verzichtet. „Lieber Klaus“ war das Programm, das auch so plakatiert wurde. „Lieber nicht“ plakatierten die Grünen daneben. Allerdings hatten sie zur Bremer Politik darüber hinaus noch mehr zu sagen. (Eine Kraft links von den Grünen trat nicht mehr an; die ehemals recht starke DKP existiert praktisch nicht mehr, und die unabhängige Linke ist atomisiert.)

In diesem Kontext wurde das Aufgreifen der Asyldebatte durch Wedemeyer für die SPD zu einem kapitalen Rohrkrepierer. Seitens der SPD wurde jetzt erklärt, daß Bremen keine Asylanten mehr aufnehmen könnte, daß „das Boot voll“ sei. Wahlkampfzeitungen der Bremer SPD vermittelten den Eindruck, es gäbe ein „Asylantenproblem“, das schnellstens gelöst werden müsse. Von der notwendigen Verteidigung des Grundrechtes auf politisches Asyl war nicht mehr die Rede. Damit hatte die Bremer SPD eine Lawine losgetreten, unter der sie im Ergebnis begraben wurde. Ich habe in einem meiner ersten Seminare, die ich als SPD-Funktionär besuchte, gelernt, daß man nicht versuchen dürfe, bessere konservative Politik zu machen als die CDU selbst. Der Wähler zöge allemal das Original der Kopie vor.

In Bremen hat Wedemeyer bei den Wählern vorhandene Ängste populistisch angesprochen und dadurch den Eindruck vermittelt, daß das „Asylproblem“ tatsächlich eins ist, was von der CDU schon seit langem behauptet wurde. (Dankenswerterweise haben Herta Däubler-Gmelin, Karsten Voigt und auch andere dem immer widersprochen.) Und wenn die SPD schon sagt, daß es ein Problem ist, dann ist es bestimmt so schlimm, wie es CDU und DVU darstellen.

Zauberlehrling 1991: Die Geister, die ich rief, werd ich nicht mehr los.

### Ausblick

Wir sind in den nächsten Monaten aufgerufen, uns an Aktionen gegen Gewalt und Faschismus zu beteiligen. Ein erster Ansatzpunkt dafür sind die Demonstrationen am 9. November. Wir werden sie unterstützen und dazu beitragen, Zeichen zu setzen. Hoyerswerda ist überall. Deswegen müssen überall Zeichen gesetzt werden, daß Rassismus und Rechtsextremismus nicht widerstandslos hingenommen werden.

## „Sie kamen, um uns zu schlagen ...“

Interview mit einem Flüchtling aus Hoyerswerda

**UP:** *Charles, kannst Du zu Beginn was zu Deiner Person sagen?*

**CH:** Ich komme aus Ghana und bin von Beruf Goldschmied.

**UP:** *Nach Aussage der Bundesregierung gibt es in Ghana keine politische Verfolgung. Warum bist Du nach Deutschland gekommen?*

**CH:** In Ghana gibt es eine Militärdiktatur. Die Militärs bestimmen, was geschrieben und getan werden darf. Es gibt keine Demokratie und keine Freiheit. Die Opposition ist illegal und arbeitet im Untergrund. Ich habe für eine dieser Untergrundgruppen bei meinen Verkaufsfahrten durchs Land Informationen und Schriften transportiert. Bei einer Fahrt wurde ich von

Soldaten kontrolliert, und sie fanden das Material. Ich bin dann in einem Militärcamp inhaftiert worden. In diesem Lager war ein Offizier, der mich kannte. Ich habe einen Bruder, der bei der Armee Hauptmann ist. In Afrika halten die Familien eng zusammen, und so half mir mein Bruder, der von unserem Bekannten verständigt wurde. Bei Nacht wurde ich in Armeeuniform aus dem Lager geholt und über die Grenze gebracht. Mir wurde geraten, nach Europa zu gehen, wovon ich überhaupt keine Vorstellung hatte. So bin ich dann vom Flughafen aus nach Frankfurt gekommen.

**UP:** *Wie kamst Du dann von Frankfurt nach Hoyerswerda?*

**CH:** Ich habe am Frankfurter Flughafen um politisches Asyl gebeten. Einige Zeit habe ich dann im hessischen Sammellager in Eschborn verbracht, und dann wurden wir aufgeteilt. Uns hatten sie gesagt, wir kämen nach Chemnitz. Aber als wir ausstiegen, waren wir in Hoyerswerda.

**UP:** *Wie seid Ihr dort von der Bevölkerung aufgenommen worden?*

**CH:** Wir kamen an und konnten alle kein Deutsch und kannten uns nicht aus. Wir waren dort in einem Hochhaus untergebracht. Als wir in die Stadt zum Einkaufen gingen und versuchten, zu den Leuten dort freundlich zu sein, reagierten sie abwehrend. Zuerst gingen sie auf die andere Straßenseite, und nach einigen Tagen wurde es massiver. Beim Telefonieren in der Telefonzelle wurden wir weggestoßen, und es kam zu den ersten Tötlichkeiten seitens Jugendlicher. Wir haben uns dann immer in unser Haus geflüchtet, weil wir uns dort sicher fühlten, zusammen mit den Sozialarbeitern. Aber als es dann zu immer mehr Tötlichkeiten kam, sind wir nicht mehr raus gegangen.

**UP:** *In unserem Fernsehen wurde über Angriffe auf Euer Haus berichtet. Was ist da passiert?*

**CH:** Einige Tage später kamen Gruppen von Skinheads. Erst warfen sie uns die Scheiben der unteren Etage ein und riefen Parolen. Dann warfen sie Flaschen und

versuchten, in das Haus einzudringen. Wir sind dann in die oberen Etagen geflüchtet und haben uns dort verbarrikadiert. Wir wußten: Die Skins waren gekommen, uns zu schlagen. Unsere Sozialarbeiter riefen die Polizei, die dann viel später kam.

**UP:** *Konnte Euch die Polizei wenigstens schützen?*

**CH:** Sie blieben immer nur einige Stunden und fuhren dann wieder weg. Und dann kamen wieder die Skinheads und griffen uns an. Wir haben mehrere Briefe nach Frankfurt an die Asylstelle geschickt, sie sollten uns hier wieder rausholen, wir hätten Angst, und keiner würde uns schützen. Aber es kam keine Antwort. Erst später kamen Busse, um uns nach Meißen zu bringen.

**UP:** *Warum bist Du nicht nach Meißen gegangen?*

**CH:** Viele Skins, die uns in Hoyerswerda angriffen, kamen aus Dresden. Dresden liegt noch näher an Meißen als Hoyerswerda. Dort hätten sie uns noch einfacher angreifen können.

**UP:** *Wie bist Du dann nach Berlin gekommen?*

**CH:** Als in Berlin bekannt wurde, was mit uns in Hoyerswerda passierte, kamen Leute aus Berlin und brachten uns weg. Sie sagten uns, dort wären wir sicher. Und das stimmt. Hier haben wir gute, friedliche Leute kennengelernt.

**UP:** *Wo lebt Ihr jetzt in Berlin, und welchen Status hast Du jetzt?*

**CH:** Wir haben erst in Häusern von evangelischen Gemeinden gewohnt, und jetzt wohnen wir mit fast 30 Leuten in Dahlem, in dem Haus, das früher der Bischof Scharf bewohnt hat. Wir dürfen offiziell nicht in Berlin sein, sondern müssen zurück nach Frankfurt. Aber wir wollen nicht dorthin zurück. Sie haben uns schon einmal betrogen, als sie uns nach Hoyerswerda schickten. Wir wollen hierbleiben, hier kümmert man sich um uns, hier fühlen wir uns sicher.

**UP:** *Wie wollt Ihr erreichen, daß Ihr in Berlin bleiben könnt?*

**CH:** Ein Rechtsanwalt hilft uns dabei. Wichtig ist auch, daß mehr Leute erfahren, warum wir hier sind und was in Hoyerswerda geschah. So wie heute morgen, als wir beide in der Charlottenburger Kirchengemeinde waren und ich dort erzählt habe.

*(Das Gespräch führte Ulrich Peter am 20.10.1991 in Berlin)*

Martin Stöhr

## Friedensperspektiven in Nahost

Erwartungen an und Aufgaben für christlich-jüdische Gesprächspartner in Deutschland. Thesen zur Eröffnung der Diskussion am 10.5.1991 in Ludwigshafen

1. Der zweite Golfkrieg entlarvte in der gesamten deutschen Gesellschaft eine Israel-Vergessenheit und Israel-Verdrängung. Israel war für weite Teile unserer Gesellschaft nicht nur geographisch weit weg. Wie schon im Historikerstreit und in Stammtischparolen, die einen Schlußstrich unter die Vergangenheit forderten, war für viele die Distanz zu Israel auch deswegen wünschenswert, weil in Israel ein Erinnerungsposten an die jüngste deutsche Geschichte höchst lebendig und querliegend zu unseren Normalisierungssehnsüchten lebt. Haben

wir als christlich-jüdische Gesellschaften wie übersensible Seismographen ausgeschlagen, als in der Friedensbewegung (da vielleicht noch am leichtesten) oder in den Industriebetrieben mit den feinen Adressen (Preussag, Mercedes, MBB) und in den Winkelfirmen arabischen Geschäftspartnern gegenüber Boykottbereitschaft gegen Israel unterschrieben wurde, als Industrieausrüstungen zur Produktion von Massenvernichtungsmitteln, Elektronik, Logistik und Kommunikationssystemen, verwendbar gegen Kuwait, die Kurden

und Israel produziert und weitgehend legal, das heißt unter Wissen oder Wegsehen unserer Regierungen exportiert wurden?

2. Viele Gesten der Solidarität mit Israel, die während des zweiten Golfkrieges auch ausgedrückt wurden, kamen spät, manchmal in peinlichen Formen. Welche Formen, Solidarität mit Israel auszurücken, gibt es? Wie drücken wir eine Solidarität aus, die nicht allen Akten der Regierung, wohl aber dem ganzen Volk und der einzigen Demokratie im Nahen Osten, Israel, gilt?

3. Notwendig ist der Abbau von Vorurteilen, die den drei traditionellen Quellen entspringen:

- ein christlich-religiös sich begründender Antijudaismus,
- ein völkisch, rassisch, national oder wirtschaftlich begründeter Antisemitismus,
- ein auf beiden beruhender, sie reaktivierender Antizionismus.

Wollen wir diese drei Formen der Judenfeindschaft bekämpfen, so können wir das nicht tun, ohne gegen ihre Bündnispartner aufzutreten, nämlich Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Isolierung und Ablehnung von Minoritäten, und eine durch die deutsche Wiedervereinigung noch geförderte germanozentrische oder eurozentrische Welt-sicht.

4. Intensivierung des Gesprächs in der Begegnung zwischen Juden und Christen in Deutschland. Verstärkte Bemühungen, die Gründe

für das Desinteresse an einem jüdisch-christlichen Gespräch auf jüdischer, aber zunehmend auch auf christlicher Seite ernstzunehmen, zu verstehen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Dazu gehört auch, neben den religiösen und kulturellen Themen, politische, pädagogische und ökonomische Fragen zu behandeln. Die Erinnerungsarbeit an den von Deutschland ausgehenden und perfektionistisch verwirklichten Judenmord (und Mord an Sinti und Roma) gehört nicht in erster Linie zur Aufgabe der jüdischen Gemeinden, der Überlebenden und ihrer Kinder, sondern muß Aufgabe der Institutionen (Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften, Universitäten etc.) der Mehrheitsgesellschaft, das heißt der Täter und Zuschauer sowie ihrer Nachkommen werden.

5. Im Blick auf die Nachbarländer Israels, die ungelöste Palästinenserfrage und auf die starke islamische Minderheit in unserem eigenen Land ist eine intensive Beschäftigung mit dem Islam (und den christlichen Minderheitskirchen im Nahen Osten) unerläßliche Aufgabe unserer Gesellschaften. Über den islamischen Fundamentalismus zu klagen ist nur dann berechtigt, wenn der Versuch mehrfach und ernsthaft gemacht wurde, das Gespräch zu suchen. Demokratische und tolerante Verhaltensweisen lassen sich nur gemeinsam lernen.

6. Die Information über die Vielzahl der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sollte verbessert werden. Der zweite Golfkrieg hat (wie der erste) gezeigt, wie gering die Kenntnisse über Kulturen, Religionen, Völker, ihre Probleme und ihre Geschichte in dieser Region bei uns gegenwärtig sind. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der ungelösten Problematik der staatenlosen Kurden, der christlichen Minderheiten, der Besetzung Zyperns durch die Türkei, des Libanon durch Syrien, der Westbank durch Israel? Zwischen den reichen und den armen Ölländern, zwischen den reichen Oberschichten und den armen Massen in den reichen Ölländern, zwischen den Interessen der waffenproduzierenden und waffenexportierenden Länder und den Interessen ihrer Käufer? Die Neigung zu monokausalen Erklärungen und Verhaltensweisen wächst. Eine Konzentration auf Israel als den Sündenbock in der Region (Argumentationsmuster nicht nur von Ströbele) erscheint als der bequemste Ausweg.

7. Abbau der Prinzipienreiterei, wie er sich in der Gegenüberstellung von Bellizisten und Pazifisten gezeigt hat. Bearbeitung der Frage, ob der alliierte Befreiungskrieg gegen Deutschland zur Befreiung des zur Selbstbefreiung vom Nationalsozialismus unfähigen Deutschland der letzte Befreiungskrieg gewesen sein kann? Wie ist es mit den Befreiungsbewegungen und

Befreiungskriegen in der sog. Dritten Welt? Wenn die „Zwangsentwaffnung“ (Konrad Weiß) des Irak notwendig war, sind damit Kriege wieder legitimiert? Der Streit um diese Fragen muß weitergehen, da in beiden Optionen, die Konflikte am Golf zu lösen, Risiken stecken. Das gilt für die Lösung des bewaffneten Gegenschlags gegen die Aggression des Irak wie auch für die Option, auf Embargo, Verhandlungen und Stärkung der UNO zu setzen. Nur wer einer kantischen Prinzipienethik verpflichtet ist, hat die klaren Antworten. Das gilt für beide Optionen. Zu fragen ist also, ob nicht der, der den Krieg für kein taugliches Mittel der Politik mehr hält, nicht doch damit rechnen muß, daß angesichts der ungeheuren Vernichtungsgefahren gegenüber Kuwait und Israel, das nicht am Krieg beteiligt war, nicht doch etwas geschehen mußte, was nicht geschehen sollte?

8. Wenig hilfreich waren die historischen Vergleiche Saddam Hussein gleich Hitler, Friedensbewegung und deutsche Bundesregierung gleich Pazifisten wie die Pazifisten Daladier und Chamberlain. Solche Parallelen verdunkeln mehr als sie aufklären.

9. Sind Konsequenzen aus der Einsicht zu ziehen, daß der Krieg lange, bevor er losgeht, schon angefangen hat - durch die Nichtwahrnehmung des ersten Golfkrieges, der Vergasung der Kurden, durch die Verdrängung der ungelösten

Palästinenserfrage, durch die Nichtanerkennung Israels (Ägypten ausgenommen) durch seine Nachbarn, durch die legalen und illegalen Waffenexporte, durch die Hofierung des Irak gegen den Iran?

10. Der törichte, aber reale Beifall für Saddam Hussein, nicht nur in großen Teilen der islamischen Welt, sondern auch der sog. Dritten Welt, wurde einerseits als antizionistischer Beifall gegen Israel und als antiwestlicher Beifall gegen die Reichen dieser Welt propagandistisch vom Irak aus produziert. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die ungeheuer ungerechte Verteilung des Reichtums dieser Erde (20% der reichen Länder, wozu wir gehören, und der Eliten in der Zwei-Drittel-Welt verbrauchen 80% der Energie und Rohstoffvorräte der Erde) ein Konfliktpotential birgt, das auch das Israel-Palästina-Problem jederzeit instrumentalisieren kann. Brot wie Wasser, Bildung wie Arbeitsplätze sind ungeheuer ungerecht verteilt. Die Verteilungsgerechtigkeit ist nicht durch eine neue Weltordnung, sondern durch eine neue Weltwirt-

schaftsordnung zu erreichen. Haben wir den Mut, daran zu arbeiten?

11. Die Mißachtung der Menschenrechte in vielen Ländern der Erde, besonders im Nahen Osten, und das Versagen des Völkerrechtssystems verlangen eine ungeheure Anstrengung, neue Formen der Konfliktregulierung zugunsten der Menschenrechte und zugunsten des Ausbaus eines international anerkannten Völkerrechtes zu unternehmen. Das Bewußtsein dazu ist unterentwickelt, die Notwendigkeit dazu groß. Arbeiten wir an der Bewußtseinsbildung, neue Strukturen für Menschenrechte und Völkerrechte aufzubauen, ihre Durchsetzung - durch welche Sanktionen? - zu fördern und Druck auf unsere Regierung zu entwickeln, sich an der Reform der UNO zu beteiligen?

12. Aus meinen Thesen und Fragen darf nicht verschwinden, daß der Zentralpunkt unserer Arbeit die Solidarität mit dem jüdischen Staat Israel und mit den jüdischen Gemeinden in unserem Lande ist. Beides hat Schaden genommen. Beides muß neu aufgebaut werden.

Theodor Schulze

## „Du lebst, solange du lernst“

Chaim Seeligmann - ein jüdischer Sozialist

Ende November 1990 wurde Chaim Seeligmann für seine wissenschaftlichen Leistungen in der historischen Pädagogik und seine Verdienste um die jüdisch-deutschen Beziehungen die Ehrendoktorwürde der Universität Bielefeld verliehen. Als jüdischer Sozialist ist Chaim Seeligmann uns religiösen Sozialisten im heutigen Deutschland kein Unbekannter. „Christ und Sozialist“ tauscht mit ihm als dem Herausgeber die in Israel (deutschsprachig) erscheinenden „Kibbuz-Studien“, die in diesem Heft neben der Rezension des Kibbuz-Buches „Geliebte Träume“ vorgestellt werden. Chaim Seeligmann arbeitet seit 1935 im Kibbuz Givat Brenner und leitet seit 1967 das Kibbuz-Forschungs-Institut Yad Tabenkin in Ramat Efal in Israel.

Die Laudatio des Bielefelder Erziehungswissenschaftlers Theodor Schulze ist hier um die Ausführungen über Chaim Seeligmann als Historiker der Weimarer Republik gekürzt sowie mit Zwischenüberschriften bearbeitet worden.

### Brücke über einen Abgrund

Chaim Seeligmann ist 1912 in Karlsruhe geboren und 1935 aus Deutschland nach Palästina ausgewandert. Seit 1948 ist er Bürger des neuen Staates Israel. Dazwischen liegt die Katastrophe der nationalsozialistischen Judenvernichtungspolitik, der auch seine Eltern und zwei Brüder zum Opfer gefallen sind. „So trennen uns“, schreibt er 1981 in einem Brief zur 50jährigen Abiturfeier an seine früheren Mitschüler, „nicht nur 50 Jahre, sondern vielleicht liegt zwischen uns ein Abgrund, der nicht leicht überbrückt werden kann.“ (1991, S. 3) Und warum sollte man überhaupt versuchen, ihn zu überbrücken? Für Chaim Seeligmann jedenfalls hätte es genug Gründe gegeben, den Abgrund, der er nicht gewollt hatte, bestehen zu lassen. „Und trotzdem“, so fährt er fort,

„möchte ich Euch, liebe Klassenkameraden, irgendwie an dem Geschehen dieser Jahre, wie ich sie erlebte, beteiligen“. Chaim Seeligmann hat sich für Verständigung entschieden, und er denkt dabei vor allem an die Jugend. „Die junge Generation in Deutschland“, so schreibt er in seinen autobiographischen Notizen, „soll wissen, was in Israel vorgeht, genauso wie die junge Generation in Israel wissen soll, was in Deutschland vorgeht - mit allem, was dazugehört. Sonst kann man sich nicht verstehen ...“ (1986, S. 124)

Chaim Seeligmann weiß, daß Verständigung für das eigne Land wichtig ist, daß ein Land, das sich isoliert, schnell den Boden unter den Füßen verliert, und er weiß auch, daß Verständigung vor allem zwischen Menschen stattfindet. „Das, was sich in unserem Land, in unserer Umgebung abspielt“, sagt

er in einem Interview, „das, so meine ich, braucht eine dauernde kritische Vertiefung. Ich meine ein Nachdenken über das hinaus, was täglich in den unterschiedlichen Medien veröffentlicht wird. Originale Literatur, originale Schriften können Anregung sein. Das allerwichtigste aber sind wohl doch Besuche im anderen Lande, geistiger Austausch zwischen allen Bevölkerungsgruppen, das Gespräch zwischen Menschen, das tiefer geht als alle Korrespondentenberichte“ (1988b, S. 42). Solche Gedanken mögen Chaim Seeligmann und seine Frau bewogen haben, trotz schwerer Bedenken für eine Weile als „Schlichtim“, als „Sendboten“, nach Frankreich und in die Bundesrepublik zu gehen. Und sie mögen für ihn auch ein Grund gewesen sein, 1985 nach Bielefeld zu fahren, um eine Gruppe junger Deutscher kennenzulernen, die sich für den Kibbuz „Cheruth“ („Freiheit“) interessierten - für eine Organisation, die Ende der 20er Jahre in der Nähe von Hameln jüdische Jugendliche auf die Auswanderung nach Palästina und das Leben im Kibbuz vorbereitete.

Brücken müssen von beiden Ufern aus gebaut werden. Die Arbeit an der Brücke, die uns heute zusammengeführt hat, die schmale Brücke, die die Fakultät in Bielefeld mit der Lehrerbildungsfakultät in Oranim und dem Kibbuz-Forschungszentrum in Efal verbindet, wurde auf dieser Seite von einigen

jüngeren Kollegen begonnen. Vor etwa zehn Jahren entschlossen sich Georg Neubauer und Wolfgang Melzer, die Kibbuz-Bewegung eingehender zu studieren und in einem Kibbuz ein Lehrforschungsprojekt durchzuführen: Vier Monate in einem Kibbuz arbeiten, leben, zuhören, nachfragen und forschen. Das Projekt war erfolgreich. Es wurde in Abständen von zwei Jahren wiederholt. Verbindungen wurden geknüpft und Interessenschwerpunkte gebildet: Kibbuz-Erziehung, Kibbuz-Schulen als reformpädagogische Alternativschulen, Frauenfrage im Kibbuz, Jugendbewegung und Kibbuzbewegung. Und so trafen Maria Fölling-Albers, Werner Fölling, Wolfgang Melzer und Georg Neubauer 1985 mit Chaim Seeligmann zusammen. Eigentlich müßte einer von ihnen hier an meiner Stelle sprechen. Und eigentlich müßte ich noch viele andere Namen nennen, wenn von der Verbindung zwischen Oranim, Yad Tabenkin und Bielefeld die Rede ist. Aber Chaim Seeligmann verleiht dieser Verbindung in seiner direkten, unbefangenen, handfesten und herzlichen Art, auf andere Menschen zuzugehen, einen starken menschlichen Ausdruck. Er macht Fremde und Funktionäre zu Freunden.

### Aufbruch in die Utopie

Chaim Seeligmann suchte die Verständigung, um andere, wie er schreibt „irgendwie an dem

Geschehen dieser Jahre, wie ich sie erlebte“, zu beteiligen. Dabei meinte er mit „Geschehen dieser Jahre“ die Kibbuz-Bewegung, die er in wichtigen Phasen ihrer Entwicklung bis heute mitvollzogen und wie viele andere mitgestaltet hat. Sie ist der zentrale Inhalt seiner Biographie; ihr gilt der wesentliche Teil seiner Arbeit. „Die Zugehörigkeit zum Kibbuz“, so resümiert er in seinen autobiographischen Notizen, „hat mir ohne Zweifel Möglichkeiten eröffnet, und ich habe vieles erlebt, gesehen, gelernt und verstanden.“ (1986, S.123)

Was sind das für Möglichkeiten, die die Zugehörigkeit zum Kibbuz eröffnet? Über die Kibbuzim ist viel geschrieben, geforscht und diskutiert worden. Die Literatur zu Kibbuz und Kibbuz-Erziehung ist ziemlich umfangreich. Und doch habe ich den Eindruck, daß die außerordentliche Bedeutung dieser Bewegung in das allgemeine Bewußtsein außerhalb Israels kaum eingedrungen ist. Chaim Seeligmann erinnert uns daran, daß es in der Kibbuz-Bewegung gelungen ist zu realisieren, wovon die Jugendbewegung in Deutschland nur geträumt hat: ein neues Leben zu beginnen und - was die Sozialisten in vielen Ländern der Welt anstreben - eine soziale Gemeinschaft, in der nicht Hierarchie und Konkurrenz, sondern Gleichheit und Brüderlichkeit die menschlichen Beziehungen bestimmen, und dies nicht nur an einem einzigen Ort, sondern weit

verstreut über ein ganzes Land und in wesentlichen Zügen:

\* **Gemeinsamer Besitz, gemeinsame Arbeit, geteilter Ertrag, jedem nach seinem Bedarf und im gemeinsamen Interesse:** „Ich erinnere mich noch gut daran“, schreibt Chaim Seeligmann, „wie ich nach Givat Brenner kam. Man verlangte von mir, alle meine persönliche Habe der Gemeinschaft zu übergeben: Bücher, Kleider u.a., Geld hatte niemand“. (1986, S.121) Dies ist eine Situation, die es sonst nur in Gefängnissen und beim Militär gibt. Aber es geschieht hier freiwillig, ohne Zwang und ohne Demütigung, ohne die Unterdrückung des Individuellen. Im Gegenteil, man findet kaum anderswo so ausgeprägte Persönlichkeiten wie in einem Kibbuz. Ich brauche nur Chaim Seeligmann anzusehen.

\* **Beseitigung der Lohnarbeit, gleiche Bewertung jeder Art von Tätigkeit, Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, vielseitige Entfaltung der Persönlichkeit:** Alles, was im Kibbuz zu tun ist, muß von den Mitgliedern selbst und gemeinschaftlich, d.h. aufgrund gemeinsamer Beschlüsse, getan werden. Alle üben nacheinander oder nebeneinander viele verschiedene Berufe aus. Chaim Seeligmann war Landarbeiter, Fuhrmann, Lastenträger, Organisator, Lehrer, Erzieher, Soldat, Offizier, Arbeiter in einer Konservenfabrik, Kassierer, Bürgermeister, Dozent, Vortragsreisender,

Forscher, Autor und - ich vermute - noch etliches andere. Von Kartoffelschälern, Geschirrspülen, Wäschen, Babywindeln und Krankenpflegen ist in seinen autobiographischen Notizen nicht die Rede. Ich nehme einmal an, daß er die Ausübung dieser Tätigkeiten für zu selbstverständlich hielt, um sie besonders zu erwähnen.

\* **Kollektive Erziehung, Verbindung von Lernen mit Arbeit und Leben:** Am kühnsten gewagt und am meisten diskutiert die Kinderhäuser, in denen schon die Kleinen zusammen leben, wohnen und schlafen, getrennt von ihren Müttern und Vätern, betreut von den Metaplot, ihren Erzieherinnen, gemeinschaftlich mit ihren Altersgenossen. Dann die Kibbuz-Schulen, mit eigenen Lehrprogrammen und Lernformen, die „Kindergesellschaft“ und Jugendbewegung im Kibbuz, die Mossadot, das sind Wohn-, Wirtschafts- und Studiengemeinschaften, in denen Jugendliche relativ selbständig leben, arbeiten und lernen, vergleichbar den deutschen Landerziehungsheimen, nur radikaler in der Zumutung wirklicher Selbstverantwortung an die Heranwachsenden.

\* **Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung, Studienangebot für Senioren:** Auch das gibt es anderswo; an sich nichts Ungewöhnliches, aber doch in einer ungewöhnlichen Weise entwickelt, genutzt, verwirklicht. *Zum Beispiel Chaim Seeligmann.* Er ist heute

fast 80. Mit 45 Jahren begann er an der Hebräischen Universität in Jerusalem Geschichte zu studieren, und mit 55 Jahren eröffnet er einer breitere wissenschaftliche und publizistische Aktivität am Yad-Tabenkin-Institut als Leiter der Abteilung für „Oral History“. Und Chaim Seeligmann ist darin keine Ausnahme. Viele Frauen und Männer in den Kibbuzim beginnen noch im fortgeschrittenen Alter zu studieren, zu forschen und kreativ tätig zu werden auf Gebieten, für die sie sich schon immer interessiert haben, ohne sich ihnen aber in Ruhe widmen zu können, unterstützt von den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und den Forschungszentren der Kibbuzbewegung. Diese Bereitschaft zu lebenslangem Lernen hat im jüdischen Volk Tradition. Als ich Chaim Seeligmann bei einem Besuch im Negev-Kolleg, einer Fortbildungseinrichtung mit eigenem Fernsehstudio am Rande der Wüste, frage, wie es zu erklären ist, daß so viele Kibbuzniks noch im hohen Alter Kurse besuchen, Fremdsprachen lernen und damit anfangen, Wissenschaften zu studieren, schreibt er mir in mein Tagebuch: „Du mögest Tag und Nacht lernen“ und „Du lebst, solange Du lernst“.

Dies und vieles andere lese ich in Chaim Seeligmanns Aufsätzen, aus seiner Biographie, sehe und höre ich, wenn ich mit ihm durch seinen Kibbuz „Givat Brenner“ gehe, wenn er, das Emblem des Kibbuz erklärend, zeigt, wo inmitten des Zelt-

lagers das erste feste Haus entstanden ist, und wenn er uns die Einrichtung und Funktion der neuen, im Bau befindlichen Fest- und Versammlungshalle erläutert. Dies und vieles andere klingt an in den biographischen Tonband-Interviews, Briefen und Tagebüchern, die in den Kibbuz-Archiven gesammelt werden und die Chaim Seeligmann anregt, zugänglich macht und auswertet (z.B. Fölling/Melzer 1989; Melzer/Fölling 1989). Ich weiß, daß die, die einen Kibbuz besser kennen als ich oder die auch mehr darüber gelesen haben oder sogar selbst Untersuchungen durchführten, sagen werden: Du hast dich täuschen lassen ... Das Bild, das du skizzierst, ist viel zu rosig-rot gefärbt ... Vielleicht in den Anfängen, aber heute ...? - Ich weiß auch, daß die, die wirklich dort leben, sagen: Es ist alles ganz anders. Die Lohnarbeit ist nicht abgeschafft. Die Professionalisierung blockiert den Wechsel zwischen den Arbeitsplätzen. Der Anteil des Privaten am Kibbuz-Haushalt wird immer größer. Die Familienerziehung behauptet sich gegenüber der Kollektiverziehung usw. - Und dann höre ich die, die immer schon dagegen waren und es besser wissen, sagen: Ein sozialistisches Leben ist nicht möglich. Das ist gegen die Natur des Menschen. Man sieht es ja in Rußland und Osteuropa.

Doch da ist ein Unterschied: Chaim Seeligmann gibt es wirklich. Und den Kibbuz „Givat Brenner“

gibt es wirklich. Und Chaim Seeligmann lebt dort auch heute noch. Er ist wirklich fast 80 Jahre und lehrt und forscht in Yad Tabenkin über Kibbuz-Geschichte. Und es gab vor ihm und es gab nach ihm und es gibt immer noch Jahr für Jahr viele jüdische Jugendliche in Israel und in der ganzen Welt, die sich eines Tages aus eigenem Willen entschließen, ein anderes Leben als ihre Eltern zu führen und in einen Kibbuz gehen, ihre Bücher, ihre Kleider, ihr Geld abgeben ... wie Chaim Seeligmann.

Im Kibbuz ist etwas gelungen, was eigentlich unmöglich ist. Es ist gelungen, eine Utopie zu realisieren. Im Kibbuz hat die sozialistische Idee eine konkrete und menschliche Gestalt angenommen. Dies zu beachten ist in der gegenwärtigen historischen Situation von besonderer Bedeutung angesichts der Tatsache, daß in den Ländern des „real existierenden“ Sozialismus die Realitäten sich als Illusionen und Fassaden erwiesen haben und der Menschheitstraum von einem gleichen, gemeinsamen und gerechten Zusammenleben ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Lächerlichkeit preisgegeben erscheint. Auch in der Kibbuz-Bewegung bleibt die sozialistische Idee nicht unangefochten. „Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat uns irgendwie an den Rand geschoben. Wir sind nicht mehr von so herausragender Bedeutung wie früher, sondern

konkurrierenden Kräften und Faktoren ausgesetzt“, schreibt Chaim Seeligmann (1986, S.123). Die Zielvorstellungen haben sich im Wandel der Generationen verändert. Anpassungen an eine bürgerliche Lebensweise, an mittelständische Konsumgewohnheiten, an die industrielle Produktion, an eine kapitalistische Wirtschaftsorganisation und eine national orientierte Gesellschaft sind unübersehbar. Und dennoch: Im Kibbuz ist der Sozialismus nicht nur Anspruch, Programm, Utopie geblieben, und er hat in ihm auch nicht die Gestalt einer mit administrativen Mitteln durchgesetzten Organisationsform angenommen, der die Menschen nicht gefolgt sind. In den Kibbuzim ist die sozialistische Idee gelebte Wirklichkeit, von den einzelnen Mitgliedern gewollt und mitvollzogen. Und die Veränderungen und Umwandlungen haben nicht den Charakter der Kehrtwendung, des Widerrufs oder der Resignation. Sie sind vielmehr das Resultat von gemeinsamen Erfahrungen und der Fähigkeit, aus ihnen zu lernen.

### Reflektierte Erfahrung

Chaim Seeligmann ist Historiker. Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit steht die Erforschung der Kibbuz-Geschichte. Seine Untersuchungen unterscheiden sich von anderen Untersuchungen zu diesem Thema. Bei manchen von diesen anderen habe ich den

Eindruck, daß sie die Einrichtung des Kibbuz und insbesondere die Kibbuz-Erziehung von außen betrachten wie ein naturwissenschaftliches Experiment: Vergleiche von Input und Output, Anlage und Ergebnis, Kontrollgruppen, Auswirkungen und Rückstände, Erfolge und Mißerfolge, Vorteile und Nachteile werden gegeneinander abgewogen, vielleicht auch Prognosen für die weitere Entwicklung. Anders Chaim Seeligmann. Für ihn ist der Kibbuz und die Kibbuz-Erziehung eine lebendige historische Gegebenheit, sicher auch ein Experiment, aber eines, dessen Ergebnis bereits feststeht. Die Frage ist nicht, was dabei herauskommt, sondern wie man es fortführt.

Seine Untersuchungen ergeben sich aus den Erfahrungen und Bedürfnissen der Kibbuz-Bewegung. In einem Beitrag zum „International Journal of Oral History“ beschreibt er eine Situation, die mir für die Intention und Methode seiner wissenschaftlichen Arbeit aufschlußreich zu sein scheint. Dort ist von den „Gründungsvätern“ die Rede (Zwischenfrage: Gab es denn nur Gründungsäter?), also von den jungen Menschen, die aus Europa eingewandert sind, um in Palästina unter unbekanntem und harten Bedingungen ein neues Leben zu beginnen. „Die zwangsläufig strenge soziale Organisation führte zu heftigen Auseinandersetzungen, die häufig einen politischen und grundsätzlichen Charakter annahmen,

insbesondere dann, wenn es um winzige Details des Zusammenlebens ging“ (1989a, S.177f.). Ein solches winziges Detail konnte beispielsweise in der lebensgeschichtlich höchst bedeutsamen Frage bestehen: Darf Michael Psychologie studieren? Agrikulturwissenschaft - na klar. Auch Pädagogik wäre gegangen: Die Kibbuz-Schulen brauchen Lehrer. Aber Psychologie? Das ist egozentrische Nabelschau. Dann schon eher Astrologie! „Die jungen Pioniere waren in das Land gekommen mit einem enormen ideologischen Enthusiasmus und einer großen Leidenschaft für Debatten. Diese Neigung setzte sich ganz direkt in die zweite Generation fort, wenn die im Kibbuz geborenen Jugendlichen an den Diskussionen teilnahmen, die sich nicht selten zu einer Konfrontation mit den Gründern steigerte. Von diesen Debatten gab es häufig nur oberflächliche und knappe Berichte ... Da die Diskussionen sich nicht auf die Generalversammlungen beschränkten und meistens privat fortgesetzt wurden, blieben viele wichtige Bestandteile lediglich in den persönlichen Erinnerungen erhalten. Obwohl diese sehr subjektiv gefärbt sind, haben wir große Anstrengungen gemacht, sie auf Tonbändern festzuhalten. Alles in allem, sie sind das Gedächtnis unserer Gründungsväter und daher sehr kostbare Dokumente“ (aaO S.178). Es geht nicht so sehr darum herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen“ ist, sondern

darum zusammenzutragen, was alle erinnern, nicht um Darstellung objektiver Geschichte, sondern um Unterstützung des kollektiven Gedächtnisses. „So wurde ‚Oral History‘ zu einer einzigartigen Informations-Quelle“ (aaO S.178).

Da die Kibbuzim einen ideologischen Ursprung haben, ist es für die Erhaltung ihrer Kontinuität im Wechsel der Generationen und in der Anpassung an neue oder veränderte Gegebenheiten von großer Bedeutung, sich immer wieder ihrer leitenden Prinzipien zu vergewissern. Der Historiker unterstützt diesen Prozeß der Selbstvergewisserung, indem er das kollektive Gedächtnis verstärkt und ergänzt. Was haben wir damals gewollt? Was hat sich inzwischen verändert? Wie sollen wir auf diese Veränderungen antworten? Das sind die Fragen, die ihn bewegen. Seine Methode ist zunächst die der Befragung, des narrativen Interviews, der Rekonstruktion von Erinnerungen. Aber er ist natürlich nicht allein auf mündliche Überlieferungen angewiesen. Es gibt Tagebücher, Briefe, Mitteilungen, Beschlüsse, Aufzeichnungen von Vorträgen, Zeitungsberichte, Publikationen. Insofern ist der Begriff der Oral History zu eng, um das zu bezeichnen, was Chaim Seeligmann und andere tun ...

Wichtiger scheint mir zu sein, daß diese Untersuchungen von den Interessen konkreter Gruppen ausgehen und daß sie sich auf

alltägliche Materialien einlassen, die auf den ersten Blick wenig bedeutsam erscheinen. Man könnte von „Basic History“ sprechen. Das Verfahren ist vornehmlich das der Dokumentation. Textbeispiele werden ausgewählt und nebeneinandergestellt. Die Interpretation bleibt zurückhaltend: Wiederholung einzelner Sätze, Unterstreichungen, Gegenüberstellungen, gelegentlich eine Nachfrage und häufiger die Wendung „Das spricht für sich“. Dem Leser wird zugemutet, sich ein eigenes Urteil zu bilden. In der Abfolge der Textbeispiele werden Themen, Trends, Differenzen erkennbar. Doch der Autor hütet sich, in sie etwas hineinzulegen, was nicht auch der Leser herausfinden könnte.

Chaim Seeligmann hat sich in besonderer Weise mit der Beziehung zwischen der Kibbuzbewegung und der jüdischen Jugendbewegung befaßt. In diesem Zusammenhang macht er auf eine begriffliche Unterscheidung in der hebräischen Sprache aufmerksam, die für die Diskussion von Erziehungszielen auch in inhaltlicher Hinsicht nicht unerheblich sein dürfte. In der pädagogischen Literatur ist heute viel von „Selbstverwirklichung“ die Rede. Dies heißt hebräisch „Mimusch azmi“. In der Kibbuzbewegung sprach man dagegen eher von „Verwirklichung“: hebräisch „Hagshamah azmith“. Auch die

„Verwirklichung“ geht von der Selbstbestimmung aus. Die Entscheidung, in einen Kibbuz einzutreten, ist freiwillig, und das Leben im Kibbuz ist immer auch ein selbst gewähltes und gestaltetes Leben. Aber die Arbeit richtet sich auf ein gemeinsames Werk, auf die Erhaltung und Entwicklung des Kibbuz. „Voluntarismus“ und „Zugehörigkeit“ gehen eine enge Verbindung ein. „Der Einzelne soll seine Wünsche und Forderungen in weitgehendstem Maße in Übereinstimmung mit der Gesamtheit verwirklichen“ (1988a, S.76). Anderes deutet sich in der Forderung nach „Selbstverwirklichung“ an. „Hier scheint ein bestimmter Loslösungsprozeß des Einzelnen aus der Gemeinschaft zu beginnen, der weitgehende Folgen haben kann“ (aaO S.76f.). Es ist auch nicht uninteressant, daß nicht nur die heutige Jugendgeneration - sowohl in Israel wie in der Bundesrepublik - offensichtlich in stärkerem Maße zur „Selbstverwirklichung“ tendiert, sondern daß auch schon in der deutschen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg - anders als in der jüdischen - die eigene Person im Mittelpunkt des Interesses steht und nicht eine kollektive Aufgabe. So heißt es in der Meißnerformel: „Die Freideutsche Jugend will ihr Leben in eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrheit gestalten.“

## Hoffnung in die Zukunft

Chaim Seeligmann beschäftigt besonders die Frage der Kontinuität in der Geschichte, wie er sagt. Sie ist, wenn ich ihn recht verstehe, weniger eine Frage der Gegebenheiten und Sachverhalte als der Einstellung zur Geschichte. „Kontinuität“ bezeichnet eine Alternative zum Vergessen und Verdrängen, auch zur gewaltsamen Beendigung und Unterdrückung, zu Abbruch und Abkehr, aber auch zum Beharren und Besitzen. Kontinuität meint eine Bewegung, Fortsetzen durch Wandlung, Lernen aus Erfahrungen. Chaim Seeligmann erinnert an die Zeichen der Zeit, damit wir sie in gewandelter Gestalt wiedererkennen. Er ermutigt, den begonnenen Weg weiterzugehen, aber auch selbstbewußt neue Entscheidungen zu treffen. Er befaßt sich als Historiker mit Themen des Vergangenen; aber sein Interesse ist der Zukunft und der Jugend zugewandt. Wie wird es weitergehen?

Die Kibbuz-Bewegung ist offensichtlich in einer schwierigen wirtschaftlichen und ideologischen Situation. In den von Chaim Seeligmann herausgegebenen Kibbuz-Studien wird offen über die „Krise des Kibbuz“ diskutiert. Seit der Gründung des Staates Israel und verstärkt seit dem Sechstage-Krieg hat die Kibbuz-Bewegung ihre besondere Bedeutung für die Siedlungsbewegung verloren, und im Zuge der Anpassung an die

wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat sich auch die Einstellung zur gemeinschaftlichen Arbeit und zum gemeinsamen Besitz verändert. Uri Yishar nennt eine Reihe von Tendenzen, die auf eine Aufweichung, ja Auflösung grundlegender Prinzipien der Bewegung hinweisen: Im Erziehungsbereich der Übergang zum Prinzip des „Zuhause-schlafens“, zur Bezirksschule außerhalb des Kibbuz, d.h. zur Aufhebung der Verbindung von Leben und Lernen, und zur Orientierung des Lehrangebots am Abitur. Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Verantwortung die Verstärkung des Delegationsprinzips und der Rückzug aus den Versammlungen - viele Kibbuznik verfolgen die Debatten heute zu Hause am Bildschirm. Auf dem Sektor der Arbeit die zunehmende Professionalisierung, die Existenz von Geldquellen außerhalb des Kibbuz und das Auftauchen von Vorschlägen zum differenzierten Entgelt - wer mehr arbeitet, soll auch mehr bekommen. Es ist schwer zu sagen, an welchem Punkt der Veränderungen und Anpassungen an die gesellschaftliche Entwicklung die Schwelle überschritten wird, an der ein Kibbuz aufhört, ein Kibbuz zu sein. Uri Yishar hält es für notwendig, „von einem Gefühl des Unbefriedigtseins überzugehen zum Bewußtsein, daß man wieder ein Ziel vor Augen hat“ (1989, S.32). Ich denke, daß Chaim Seeligmann diese Probleme sieht. Doch mir fällt auf, daß er seine

Prognosen zugleich vorsichtig und zuversichtlich formuliert, so als wollte er der jüngeren Generation sagen: Das ist jetzt Eure Angelegenheit, und Ihr werdet das schaffen (siehe 1988a, S.84).

## Wie geht es weiter?

Das ist heute vor allem auch eine politische Frage. Sie betrifft das Zusammenleben und die Auseinandersetzung mit der arabischen Bevölkerung in Israel, in den besetzten Gebieten und mit den arabischen Nachbarländern rund um Israel. Die Situation ist ziemlich schwierig, und sie wird immer schwieriger, je länger die Bereitschaft zur Konfrontation andauert. Von außen betrachtet ist es schwer zu verstehen, warum die israelische Regierung sich nicht intensiver um Verhandlungen mit den Palästinensern und den arabischen Staaten bemüht. Aus einer Politik der militärischen Stärke wird zwangsläufig eine Politik der Unterdrückung. Es gibt Opfer, und die Sympathie der Medien wie der Jugendlichen ist in der westlichen Welt eher bei den Opfern als bei den Siegern. Ich will nicht verschweigen, daß anlässlich der Ehrenpromotion in der Fakultätskonferenz auch über Gewaltanwendungen und ungerecht erscheinende Maßnahmen von seiten des israelischen Staates diskutiert worden ist: Manche Mitglieder der Fakultät haben sich gefragt, ob die Ehrung nicht als eine Zustimmung

zu einer Politik, die viele nicht gutheißen, mißverstanden werden könnte. Die Antwort ist einfach: Die Fakultät verleiht den Ehrendoktor an Chaim Seeligmann und nicht an Itzhak Schamir.

Chaim Seeligmann hat in einem Interview zu diesem für Israel und die ganze Welt zentralen Punkt des Zusammenlebens mit dem arabischen Volk geäußert. Ich möchte hier einige seiner Sätze wiederholen und durch ein paar eigene Beobachtungen ergänzen. In bezug auf die Frage der Okkupation sagt Chaim Seeligmann: „Aber es ist schlimm, okkupiert zu sein. Und es ist auch schlimm, Okkupant zu sein“ (1988b, S.43). Die negativen Folgen sind offensichtlich. „Denn das Gefühl, beherrscht zu sein, ist im allgemeinen kein Gefühl, das humane und friedensfördernde Überlegungen verstärkt“ (aaO S.43). Außerdem verstehen es die arabischen Opfer, das ist meine Wahrnehmung, sich in den Medien eindrucksvoll ins Bild zu setzen. Weniger deutlich erkennbar ist, mit welchen psychischen Belastungen und Gewissenskonflikten junge israelische Soldaten in diese Auseinandersetzung gehen, und wir sehen nicht, daß manche von ihnen am Abend die Uniform ausziehen, um für Verhandlungen zu demonstrieren. Gerade für die verhandlungsbereiten israelischen Bürger ist es schwer zu ertragen, daß nur auf der jüdischen Seite Zeichen des Bedauerns, des Zweifels, der Selbstkritik

zu erkennen sind, nicht aber auf der arabischen Seite, und daß den inoffiziellen Verständigungsangeboten keine Antwort entgegenkommt. So sprechen auf israelischer Seite viele Erfahrungen dafür, daß man nur überleben kann, wenn man sich selbst behauptet, und sei es mit Waffengewalt, aber nur wenige Erfahrungen sprechen dafür, daß man besser überlebt, wenn man miteinander spricht.

Dennoch deutet sich eine Entwicklung an. Ich zitiere Chaim Seeligmann: „In der Vergangenheit herrschte die Auffassung vor, daß die Auseinandersetzungen letztlich auf kriegerischem Wege ausgetragen werden müßten; mit ganz großer Vorsicht möchte ich sagen, daß man zu lernen und zu verstehen beginnt, daß dies nicht der richtige Weg sein kann ... aber es wird sicher lange, lange dauern“ (aaO S.43). Da erhebt sich die Frage: Hat das schon die Mehrheit, hat das die Regierung verstanden? Und: Wird die Zeit reichen? „Positiv stimmt mich auch“, fährt Chaim Seeligmann fort, „daß es heute mehr Gruppen gibt, die den Frieden mit den Arabern wollen; ‚Peace Now‘ ist eine solche Bewegung; es gibt ... solche Gruppen in der Arbeiterpartei, in religiösen Bewegungen, hier und dort; aber ich will nicht zuviel Optimismus verbreiten“ (aaO S.43), fügt er abschließend hinzu.

Auch an dieser Stelle sind seine Formulierungen vorsichtig, und

seine Prognose erscheint mir, wenn ich sie lese, eher pessimistisch. Doch wenn ich ihn ansehen und mit ihm spreche, kommt ein Gefühl der Zuversicht und Ermutigung über mich, und ich frage mich: Woher nimmt er die Kraft?

#### Literaturhinweise:

- W. Fölling/W. Melzer: *Gelebte Jugendträume*. Jugendbewegung und Kibbuz, Witzhausen 1989
- W. Melzer/W. Fölling: *Biographien jüdischer Palästina-Pioniere aus Deutschland*. Über den Zusammenhang von Jugend- und Kibbuzbewegung, Opladen 1989
- Chaim Seeligmann: *Der Weg eines deutschen Juden in den Kibbuz*. Autobiographische Notizen, 1986
- ders.: *Kibbuz*. Ein Überblick. Zentrum für Kibbuz-Studien Yad Tabenkin, 1987, 1988<sup>2</sup>
- ders.: *Die jüdische Jugendbewegung und die Kibbuzbewegung*. In: Melzer/Neubauer (Hg.): *Der Kibbuz als Utopie*, Weinheim/Basel 1988a
- ders.: *Achtung voreinander und füreinander entwickeln ...!* In: *gemeinsam, Ausländer und Deutsche in Schule, Nachbarschaft und Arbeitswelt*, Heft 8, März 1988b
- ders.: *Die Reichstagswahlen des 14. September 1930 im Spiegel der jüdischen Presse in Deutschland*. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, Bd. XVIII/1988c
- ders.: *Is Oral History a Valid Research Instrument?* In: *International Journal of Oral History*, Vol. 10, No. 3, Nov. 1989a
- ders.: *Die Wahlergebnisse*. In: *Kibbuz Studien*, Yad Tabenkin/Efal, H. 2, März 1989b
- ders.: *Über die Erwachsenenbildung in der Kibbuzbewegung*. In: *Kibbuz Studien*, Yad Tabenkin/Efal, H. 3-4, Jan. 1990
- ders.: *Gesammelte Aufsätze 1973-1981*. Mskr., erscheint voraussichtlich 1991
- Uri Yishar: *Die Krise des Kibbuz*. In: *Kibbuz Studien* H. 2, März 1989

## Gegen Gewalt und Fremdenhaß

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 wurden die ersten Grenzübergänge zwischen den beiden deutschen Staaten geöffnet. Heute wollen viele - allen voran die Bundesregierung und die CDU/CSU - für Flüchtlinge die Grenzen schließen. Sie wollen das Asylrecht einschränken. Zwei Jahre nach Öffnung der Mauer sind wir entsetzt über den Ausbruch von deutschem Rassismus und die weitverbreitete Billigung der Übergriffe auf Fremde. Eine zivilisierte, menschliche Gesellschaft stellen wir uns anders vor.

„Pogrome entstehen zuerst in den Köpfen der Menschen.“ Und die Köpfe werden gefüllt mit den Reden der Politiker, mit den Überschriften der Zeitungen, die jetzt die Asylfrage instrumentalisieren. Eine Politik der Abschottung und der hohen Mauern ist nur unter Preisgabe des demokratischen Rechtsstaates möglich. Wer ständig davon spricht, „das Boot sei voll“, zündelt in Hoyerswerda, in Saarlouis und anderswo mit. Gegen diese Politik der Eskalation setzen wir eine Politik der Toleranz und der zivilen Konfliktlösung.

Wir treten ein für eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik. Die historischen Erfahrungen, die zum Asylrecht geführt haben, dürfen nicht durch die deutsche Einheit zugunsten eines Rückfalls in unselige Traditionen vergessen werden. Daran wollen wir gerade am 9. November - 1938 brannten an diesem Tage die Synagogen, wurden JüdInnen verhaftet - erinnern.

Menschen, die vor Verfolgung in unser Land flüchten, gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Die demagogische Debatte über die Einschränkung

des Asylrechts nach Artikel 16 des Grundgesetzes muß sofort beendet werden.

Die Bundesrepublik ist eine multikulturelle Gesellschaft, in der das Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen in jahrelanger Praxis zur alltäglichen Normalität geworden ist: beim Einkaufen, in der Schule, am Arbeitsplatz. Wir sehen in kultureller Vielfalt eine Bereicherung. Auch deshalb gilt ausländischen Bürgerinnen und Bürgern unsere Solidarität. Weil Demokratie nur Demokratie für alle heißen kann, treten wir dafür ein, die Diskriminierung von Menschen anderer Nationalität zu beenden. Die Wahrnehmung von Grundrechten darf nicht länger von der Nationalität abhängig gemacht werden.

Alle Demokratinnen und Demokraten sind jetzt aufgefordert, in die politische Auseinandersetzung einzugreifen. In der Debatte zählt jede Stimme gegen Fremdenfeindlichkeit. Solidarität muß praktisch werden.

Machen wir am 9. November deutlich, daß eine demokratische Mehrheit das Asylrecht verteidigt, daß eine demokratische Mehrheit für ein friedliches Zusammenleben mit Menschen aus anderen Nationen eintritt.

### Menschenrechte gelten für alle!

*Der Bund des Religiösen Sozialisten hat durch seinen Vorstand diese Resolution mitunterzeichnet. Sie wird auch nach den Kundgebungen und Demonstrationen am 9. November dieses Jahres ihre Aktualität behalten - leider.*

Christof Kötter

## „Das Kreuz auf den Marktplatz!“

Zum Gedenken an George MacLeod

Zwanzig Tage nach Vollendung seines 96. Lebensjahres verstarb Ende Juni dieses Jahres Pastor Dr. George F. MacLeod. Er war Pfarrer der Church of Scotland, bekannt vor allem als Gründer der ökumenischen „Iona Community“ und gehörte nach seiner Ernennung zum Lord MacLeod of Fulnary als einziger presbyterianischer Theologe dem britischen Oberhaus, dem House of Lords, an.

### Vom Kriegshelden zum Pazifisten

Im ersten Weltkrieg erhielt MacLeod als Soldat einige hohe militärische Auszeichnungen, wurde später jedoch Pazifist und überzeugter Gegner jeglicher konventioneller und nuklearer Aufrüstung. Zeit seines Lebens stand er im Kreuzfeuer der Kritik und blieb bis an sein Lebensende ein umstrittener Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit.

Als zweiter Sohn wohlhabender Eltern hatte er eine erstklassige Ausbildung in Winchester und Oxford (Oriel College) genossen. Der Dienst in der britischen Armee, die ihn mit hohen militärischen Ehren auszeichnete, war selbstverständlich. Da es in den vorhergehenden

Generationen der MacLeods etliche Pastoren der schottischen Staatskirche gegeben hatte, wunderte es niemanden in der Familie, daß er das Theologiestudium an der Universität Edinburgh aufnahm. Nach dem Examen absolvierte er ein Jahr am Union Theological Seminary in New York, wo später zum Beispiel Reinhold Niebuhr und Paul Tillich lehrten und auch Dietrich Bonhoeffer studierte.

Nach dem Vikariat wurde MacLeod 1924 in Edinburgh ordiniert und versah 1926 seinen Dienst in der wohlhabenden, berühmten und einflußreichen St. Cuthbert's Gemeinde, die im westlichen Teil Edinburghs liegt. Seine gekonnten und brillanten Predigten ließen ebenso wie seine beliebten Radioansprachen vorausahnen, daß er eine Karriere innerhalb seiner Kirche vor sich hatte.

### Gemeinschaft von Theologen und Arbeitern

Aber es vollzog sich eine ziemlich radikale Wende, als MacLeod 1928 St. Cuthbert's verließ, um einem Ruf an die Glasgower Arbeitergemeinde Govan (Govan Old Parish Church) zu folgen. Der Wechsel

erfolgte mitten in der Weltwirtschaftskrise, von der besonders die Dockarbeiter der Glasgower Werften bedroht waren. Während der nun folgenden Jahre wurde der frühere Kriegsheld, herausgefordert durch die Armut in seinem Stadtteil und den Zusammenbruch des Wiederaufbaus in den Nachkriegsjahren, zum Pazifisten und Sozialisten.

Das Leben in der Old Govan-Gemeinde weckte in MacLeod das Bewußtsein für die Probleme der Arbeiterwelt, von denen nach seiner Erfahrung die Kleriker Schottlands zu wenig wußten.

Darum geht er im Sommer 1937 mit einer Gruppe von Arbeitern und jungen Theologen auf die Insel Iona - vor der Westküste Schottlands, nach doppelter Schiffsreise über die Insel Mull zu erreichen, einstmals, im 6./7. Jhd., Ausgangsort der „iro-schottischen Mission“ und Zentrum des frühen Christentums auf den britischen Inseln, mit den mittelalterlichen Ruinen des 563 gegründeten Klosters. Die „Iona Community“ als Lebensgemeinschaft wurde 1938 gegründet. MacLeod verwirklichte mit ihr das Experiment einer neuartigen Gemeinschaftsform, förderte die Zusammenarbeit von Arbeitern und Pastoren und arbeitete erfolgreich an seiner Vision, die Ruinen der alten Benediktinerabtei wieder aufzubauen.

„Nur eine herausfordernde gemeinsame Aufgabe schafft

Gemeinschaft“, war seine Erkenntnis. Er widmete seine Kraft der Aufgabe, eine Einheit von Gottesdienst und Arbeit, Kirche und Arbeiterwelt, spirituellem und materiellem Leben zu schaffen. Während des gemeinsamen Lebens in den Sommermonaten auf Iona lernten sowohl die Arbeiter wie die Pastoren sehr bald, daß das Leben in ihrer christlichen Gemeinschaft keine einfache Sache ist.

Durch das gemeinsame Projekt des Wiederaufbaus der Ruinen von Iona Abbey vollzog sich im Laufe der Jahre der Aufbau einer über Schottland hinaus bedeutenden internationalen und ökumenischen Kommunität. Längst steht der Name der Insel Iona in der weltweiten Ökumene für mehr als ein lohnenswertes Ausflugsziel mit historischem und romantischem Flair. Ein vielfältiges Jahresprogramm gehört zum festen Angebot der Kommunität auf der Insel. Mitten in der City von Glasgow steht das Haus der Community, täglich geöffnet für Gebet und Gottesdienst ebenso wie für Diskussion, soziale Aktionen und für Imbiß, Kaffee und zwanglose Begegnung. Die über 200 Mitglieder aus verschiedenen christlichen Konfessionen sind in allen Teilen der Welt im Dienst. Sie wissen sich der fünf Punkte umfassenden Regel der Iona Community verpflichtet: tägliches Gebet und Bibelstudium; Teilen von wirtschaftlichen Gütern (Abgabe des „Zehnten“); verantwortlicher Umgang mit der Zeit;

regelmäßiges Treffen mit anderen Mitgliedern; Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit. (Daneben gibt es einen großen Kreis von „associates“, die die Gemeinschaft unterstützen.)

### „Versuchswerkstatt für Gemeindepraxis“

In seinem Buch „Christsein in Kommunen“ schreibt Gerd-Heinz Mohr: „Es gibt Kommunen, wie etwa die von Iona, die sich als eine Art Versuchswerkstatt für die Gemeindepraxis betrachten und nichts von dem, was sie ausarbeiten, für sinnvoll erachten, wenn es nicht in das Gemeindeleben im Pfarrbezirk übersetzt werden kann. Dabei kommt es dann allerdings auch für die Gemeinden zu unerwarteten, aber folgerichtigen Öffnungen und Konsequenzen.“

Gerade um ein Christsein mit politischen Konsequenzen, um eine konzertierte Aktion von Mission, politischer Verantwortung, Seelsorge und Gottesdienst ging es Lord MacLeod.

„Das Kreuz auf dem Marktplatz! Dieser Ausdruck MacLeod's wurde zum geflügelten Wort und steht für seine Überzeugung, daß die Kirche im Zentrum des politischen und ökonomischen Lebens zu stehen hat.

Bis 1967, als er in den Adelsstand erhoben wurde, blieb MacLeod leitender Kopf der Kommunität von Iona. Mit dem Titel „Lord of Fulnary“, der ihm selbst wenig bedeutete,

hatte er nun Sitz und Stimme im Oberhaus. Er nutzte diesen Stand, um seine Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit fortzuführen.

Als medienwirksamer Prediger, der er ja schon in jungen Jahren war, erregte er auch außerhalb des House of Lords viel Aufsehen, wenn er auf Großdemonstrationen, öffentlichen Veranstaltungen, im Fernsehen oder Radio auftrat. Gerade durch seine eindeutigen pazifistischen Positionen - als altgeehrter Kriegsheld! -, durch die klare Absage an jegliche Waffenproduktion und an die Drohung mit nuklearen Bomben und durch sein Eintreten für eine gerechte Verteilung von Lebensgütern erschien er manchem als unbequemer Zeitgenosse.

Die akademischen und bürgerlichen Ehrungen, die er zeit seines Lebens erhalten hatte, wurden gekrönt durch die Verleihung des Templeton-Preises in Buckingham Palace im Mai 1989. Dieser mit etwa DM 750.000.- dotierte Preis für Friedensaktivitäten wurde vor ihm auch an Mutter Teresa und Alexander Solschenizyn überreicht. Die eine Hälfte des gesamten Betrages überließ MacLeod der Arbeit für den Frieden; die andere Hälfte dem Kampf gegen Hunger und Armut.

Trotz seines hohen Alters hatte MacLeod noch im Mai dieses Jahres als Delegierter an der Synode der schottischen Kirche, der General Assembly, teilgenommen. Seine Taten und seine Worte haben, auch wenn sie viele zum Widerspruch

reizten und mißverstanden wurden, als prophetisches Zeugnis die Christenheit seiner Heimat geprägt und

der ganzen Ökumene ein Zeichen ganzheitlicher Nachfolge Jesu geschenkt.

## C & S - „Intern“

Aus der Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialisten

### Jahrestagung 1991 blickt nach vorn

Vom 11.-13.10.91 fand in Bad Hersfeld die Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. statt. Es trafen sich Mitglieder und Gäste aus ganz Deutschland - von Kiel bis München, von Ost-Deutschland bis zum Ruhrgebiet. Das Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen hat sich durch neue und junge Mitglieder im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verringert. Was die Berufe der Teilnehmenden betrifft, so waren Menschen aus dem Bereich von Theologie und Kirche immer noch stark vertreten, aber nicht ausschließlich: Bankangestellte, Facharbeiter, Informatiker, kaufmännische Angestellte, StudentInnen der Betriebs- und Volkswirtschaft bereicherten die Tagung. Gefragt war nicht die Beschäftigung mit der Vergangenheit, sondern der Blick nach vorn: Welche Entwicklungen zeichnen sich in der evangelischen und katholischen Kirche im vereinigten Deutschland ab? Welche Stellung wollen die Reli-

giösen SozialistInnen dazu einnehmen?

Die drei Impulsreferate hielten: eine evangelische Vertreterin aus Berlin-West, ein katholischer Vertreter aus dem Ruhrgebiet und der Sprecher der „Initiative Christliche Linke“ aus der Ex-DDR. Themen u.a.: der Religionsunterricht im vereinigten Deutschland, die Militärseelsorge, die Kirchensteuer und die Disziplinierung von Dreyer und anderen Katholiken.

Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand; der Rechenschaftsbericht des Vorstandes stand unter dem Leitwort aus der klassischen Tradition: „Tradition heißt nicht Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen halten“. Der Bericht gab einen ausführlichen Überblick über die jüngste Geschichte des Bundes und zeigte den BRSD finanziell saniert und (mit einer verringerten Mitgliederzahl) stabilisiert.

Der Bund war auf den Kirchentagen und Katholikentagen präsent, gab 1991 eine neue Broschüre heraus, unterstützt zusammen mit CFS weiterhin ein Bildungsprojekt in Nicaragua organisierte (ebenfalls

mit Cfs) eine mehrwöchige Rundreise zweier nicaraguanischer Gewerkschaftsvertreterinnen durch Deutschland und gibt für 1992 (mit Cfs zusammen) einen Postkartenkalender „500 Jahre - Nicaragua 1992“ heraus. Es gründete sich eine neue Regionalgruppe Nord (Hamburg/Kiel). Die Zeitschrift *Christ und Sozialist* erhielt ein neues Lay-out und steht im Vergleich zu anderen linkskirchlichen Publikationen relativ gut da. Der Internationale Bund (ILRS) führte im September 1991 in Stettin/Polen eine Tagung zur Umweltsituation im Ostseeraum mit TeilnehmerInnen aus den Anrainerländern durch und verabschiedete eine Resolution, die „*Stettiner Erklärung*“.

Folgende Beschlüsse (u.a.) faßte die Mitgliederversammlung: Es wurde (zusammen mit der „*Initiative Christliche Linke*“) eine Resolution zum Lehrverbot für Eugen Drewermann verabschiedet. Es wurde ein offener Brief an Cfs („*Christen für den Sozialismus*“) beschlossen, der ihnen Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen deutschen Organisation nach Schweizer Vorbild vorschlägt. Es wurde eine Kommission gegründet, die sich auf einem Tagesseminar mit der weiteren inhaltlichen und technischen Verbesserung von *Christ und Sozialist* befassen wird. Im Mai wird sich ein Seminar in

Hagen (Ruhrgebiet) mit einer neuen Organisationsstruktur unseres Bundes beschäftigen, die die Arbeit des Vereins entbürokratisieren und effektiver gestalten soll. In Frankfurt wird es ein Treffen mit VertreterInnen aus den Regionalgruppen geben. Die nächste Mitgliederversammlung wird Ende Oktober 1992 wieder in Bad Hersfeld sein.

#### Anmerkungen:

Die genannten Resolutionstexte (zu Drewermann; Brief an Cfs; Stettiner Erklärung) sowie der Tagungsbericht von Stettin und ein Bericht von Udo Fleige zum Nicaragua-Projekt sind in diesem Heft abgedruckt.

Die BRSD-Broschüre ist für DM 4.- (incl. Versandkosten) erhältlich über: B.R.S.D., Postfach 25 21, 7400 Tübingen.

Der Postkartenkalender „Nicaragua '92“ ist zu beziehen bei Helga Vandirk, Borngasse 7, W-6253 Hadamar, Tel. 06433-6295 (DM 11.-, ab 10 Stück DM 10.-; Rabatt für Läden möglich).

Die Regionalgruppe Nord des Bundes der Religiösen Sozialisten lädt interessierte LeserInnen von C&S zur Mitarbeit ein (Kontaktadressen: Wolfgang Lünenburger, Fährhausstr. 38, 2000 Hamburg 76; Sebastian Rose, Koldingstr. 12, 2300 Kiel 1).

## Erklärung zum Entzug der kirchlichen Lehr-erlaubnis für Eugen Drewermann

Es ist bekannt, daß der Priester, Psychotherapeut und Privatdozent Eugen Drewermann mit Hilfe der psychoanalytischen Methode die zentrale Erfahrung der heutigen Menschen, die Angst, umfassend in die katholische Theologie eingebracht hat. Da die traditionelle Seelsorge kaum mehr Antworten auf die existentiellen Fragen der Gegenwart hat, die die Menschen in ihrer Entfremdung und in ihrem Identitätsverlust erreichen, ist es Drewermanns Verdienst, der Seelsorge eine Methode zur Verfügung zu stellen, die den heutigen Menschen in seinen Ängsten ernstnimmt und eine Brücke schlägt zur zentralen biblischen Verkündigung. Durch die Psychoanalyse wissen wir, daß das Ansprechen von Angst wiederum Angst auslöst. Damit eine Erneuerung der Kirche gelingt, müssen die kirchlichen Autoritäten die Angst vor der Enthüllung von angstausslösenden Strukturen annehmen und ihr standhalten.

Der am 8.10.1991 ausgesprochene Entzug der kirchlichen Lehr-erlaubnis für Eugen Drewermann durch den Paderborner Erzbischof Degenhardt ist ein Zeichen dafür, daß diese Chance im Augenblick vertan wurde.

Schon seit einigen Jahren eskaliert der Konflikt der Vertreter des Lehramtes, der römischen Glaubenskongregation, mit Drewermann. Der Konflikt ging seinem Höhepunkt entgegen, als Drewermann 1989 mit seiner Streitschrift „*Kleriker - Psychogramm eines Ideals*“ einen zentralen Nerv der katholischen Kirche traf. Wir sehen eine Analogie zum Fall des lateinamerikanischen Befreiungstheologen Leonardo Boff, der ein anderes Zentrum der katholischen Kirchenstruktur traf. Auch dort ging es erst um rein dogmatische Fragen. Es kam erst dann zu einem massiven Eingreifen der Glaubenskongregation, als Boff das Buch „*Kirche: Charisma und Macht - Studien zu einer streitbaren Ekklesiologie*“ 1981 veröffentlichte, in dem er die römisch-katholische Kirche mit der Machtfrage konfrontierte.

Bisher wurde gegen Drewermann weder ein Verfahren im Sinne der eher autoritären „*Neuen Verfahrensordnung zur Prüfung von Lehrverfahren*“ (Glaubenskongregation am 15.1.1971) eingeleitet, noch ein eher liberales gemäß der „*Verfahrensordnung für das Lehrbeanstandungsverfahren bei der Deutschen Bischofskonferenz*“ (Bischofskonferenz am 4.5.1981) durchgeführt. Da die Gespräche des Bischofs mit Drewermann abgebrochen wurden, wäre dies der juristisch angemessene Weg gewesen.

Wir vermissen das brüderliche Gespräch, noch mehr aber die

Formen einer dialogischen Streitkultur. Scheiterte die Konfliktbewältigung auf diesem Wege, wäre dann erst ein kirchenrechtliches Verfahren einzuleiten, das selbstverständlich öffentlich zu führen wäre und dessen Protokolle zugänglich sein müßten.

Unsere Solidarität gilt Eugen Drewermann und den Menschen, die unter einer Kirche leiden, die neue theologische Denkanstöße immer noch nicht als Chance und Geschenk zur Erneuerung begreift, sondern auf dieses neue Denken mit autoritären und administrativen Maßnahmen ihres Disziplinierungsapparats reagiert.

*Bund der Religiösen SozialistInnen  
Deutschlands (alte Bundesländer)  
Initiative Christliche Linke (neue  
Bundesländer)*

## **Brief der Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD) an Cfs („Christen für den Sozialismus“)**

Liebe Genossinnen und Genossen  
von den Christinnen und Christen  
für den Sozialismus!

Wir, 26 VertreterInnen aus allen  
Gruppen und Regionen, haben uns  
auf unserer Jahrestagung vom

11. bis 13.10.1991 mit der Lage der Linken und den Veränderungen in Gesellschaft und Kirchen der BRD befaßt. Wir erleben seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und dem Anschluß der DDR-Länder, daß den kritischen Gruppen bei uns der Wind ins Gesicht bläst. Wir erleben, daß die konservativen Kräfte triumphieren und der gesellschaftliche Einfluß der Linken weiter zurückgeht. Wir glauben, daß in absehbarer Zeit diese Bedingungen nicht besser werden. Wer widerstehen will, braucht BundesgenossInnen! In der heutigen Zeit ist dies noch wichtiger als vor 20 Jahren. Einer vereinten Rechten steht eine zersplitterte Linke gegenüber. Diese Situation sehen wir auch in den Kirchen.

Der BRSD und Cfs haben historisch andere Wurzeln. Dieser Unterschiedlichkeit sind wir uns bewußt. Unsere Wurzeln liegen in der Reich-Gottes-Theologie und in der religiös-sozialistischen Bewegung Europas. Diese Wurzeln sind die zentrale Motivation unserer gesellschaftspolitischen Option für die Unterprivilegierten bei uns und in der 3/4-Welt, für unseren Kampf für Demokratie und Sozialismus in der BRD. Eure Wurzeln sind andere. Wir glauben, daß wir ausgehend von verschiedenen Wurzeln in die gleiche Richtung streben. Damit meinen wir nicht, daß Cfs und BRSD in allen Fragen gleicher Meinung sind. Dies gilt unserer Meinung nach nicht einmal für die

jeweilige Organisation selbst. Wir sind in unserem Bund links-pluralistisch und uns, bei allen Unterschieden in Einzelfragen, in der großen Linie einig. Wir denken, daß es bei euch ähnlich ist.

Wir haben seit fast 2 Jahrzehnten eine unterschiedliche organisatorische Entwicklung genommen. Dies hatte seine Berechtigung. Heute hat sich dies geändert. Wir halten die separate Weiterexistenz von BRSD und Cfs für einen Luxus, der sich historisch überlebt hat.

Ihr habt wenige hundert Mitglieder - wir auch!

Ihr habt einige Gruppen - wir auch!

Ihr habt Spezifika - wir auch!

Wir schlagen euch vor, daß Cfs und BRSD einen gemeinsamen Diskussionsprozeß beginnen mit dem Ziel, zu einer neuen, gemeinsamen Organisation zu fusionieren, in die beide Organisationen ihre jeweiligen Spezifika einbringen können und sollen.

Wir wissen, daß es bei euch wie auch bei uns Ressentiments, Vorbehalte und Ängste gegenüber einem solchen Prozeß gibt. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Diese Probleme halten wir für lösbar und wollen unsererseits alles dafür tun, daß ein positiver Prozeß des Zusammenwachsens in Gang kommt.

Wir haben heute einen Arbeitskreis aus 5 Genossinnen und Genossen gebildet, der mit Vertreterinnen und Vertretern von euch

Vorschläge für dieses Zusammenwachsen erarbeiten und eurer DK und unserer Jahrestagung zur Diskussion vorlegen kann, so daß dann konkrete Schritte vereinbart werden können.

Wir wissen, daß dieser Versuch des Zusammenwachsens, der Fusion, von uns und euch allen Mut verlangt und viele Risiken, nicht zuletzt das Risiko des Scheiterns, in sich trägt.

Das Beispiel der Schweiz, wo im April 1989 das Zusammenwachsen der Schweizer religiösen Sozialistinnen und Sozialisten und der Schweizer Cfs zur Fusion geführt hat, macht Mut.

Wir erhoffen uns von einer gemeinsamen Organisation die Bündelung unserer Kräfte und eine größere Ausstrahlung auf Gesellschaft und Kirchen.

Wir - Cfs und BRSD - arbeiten seit Jahren in unserem gemeinsamen Nicaragua-Projekt zusammen. Wir wissen, daß die sandinistische Bewegung aus unterschiedlichen Wurzeln gespeist in die gleiche Richtung gewachsen ist und eine große Dynamik entwickelt hat - und weiter entwickelt. Diesen Weg halten wir für den richtigen.

Auch wenn wir - BRSD und Cfs - um ein vielfaches kleiner sind - die historische Anforderung an uns ist die gleiche.

Machen wir uns gemeinsam auf den Weg!

## C & S - U m s c h a u

Internationale Arbeit und Internationaler Bund

### Unser Nicaragua-Projekt

In C&S 1/91 finden die interessierten LeserInnen unter dem Titel „Menschen statt Häuser bauen“ eine kurze geschichtliche Übersicht über unser Volksbildungsprojekt in Nicaragua, vormals „das Projekt José Martí“. Dieses Projekt der GrundschullehrerInnen-Ausbildung wird seit Jahren von C&S (Christen für den Sozialismus) und uns gemeinsam getragen. Unsere Vertrauensperson vor Ort in Matagalpa ist Olivia Alvarez Alvarado (siehe C&S 2/91 „Evangelium und Revolution“). Auf die Geschichte soll hier nicht nochmals eingegangen werden; sie ist auch nachzulesen in unserer neuen Broschüre „Der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands. Informationen zur Geschichte und zur gegenwärtigen Situation“.

Nach einer Phase der Unsicherheit, ob und wie die Unterstützung der Volksbildung in Nicaragua nach der Wahlniederlage der Sandinisten (Febr. 1990) sinnvoll weitergehen kann, geht das Projekt nun in einer neuen Fassung weiter. Olivia Alvarez, als Direktorin des Pädagogischen Instituts „José Martí“ entlassen und nun Pensionärin, arbeitet im Frauenreferat der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN. Zusammen mit ANDEN werden (zur Zeit einmal monatlich) samstags Fortbildungskurse im Hause von ANDEN in Matagalpa angeboten. Diese Seminare und Werkstätten sind Zusatzangebote für Lehrkräfte des Departments Matagalpa, die freiwillig an ihren freien Tagen daran teil-

nehmen. Die Arbeit begann im Juni 1991.

Sehr wichtig ist es für Olivia und ANDEN, daß nicht nur die LehrerInnen (überwiegend Frauen) in der Stadt Matagalpa erreicht werden, sondern auch diejenigen aus den Dörfern und Gemeinden um Matagalpa herum. Diesen ist normalerweise aus finanziellen Gründen der Zugang zur Lehrerbildung verwehrt; sie können weder die Kosten für die Fahrt noch die für die Verpflegung aufbringen. Deshalb unterstützt Olivia diese Lehrkräfte durch die Übernahme der Fahrtkosten und des Mittagessens am Seminartag. Darüber hinaus werden mit den Spendengeldern die bei den Seminaren verwendeten Materialien gekauft und Lehrbücher für die TeilnehmerInnen subventioniert. Weil im Hause von ANDEN nicht genügend Sitzplätze für die Seminare vorhanden waren, wurden bei einem Schreiner 10 Sitzbänke in Auftrag gegeben.

Die Seminare bestehen aus theoretischen Teilen (Pädagogik und Psychologie) und praktischen Abschnitten (Kunst und Werken für die Grundschule). Die meisten TeilnehmerInnen sind *empiricos*, d. h. sie unterrichten schon in den Grundschulen der Region, haben aber noch kein Examen abgelegt.

Nachstehend einige Auszüge aus Olivias Briefen der letzten Monate:

*Ich schicke Euch die Informationen (Fotos, Rechnungen und weitere Einzelheiten) von den Aktivitäten von Samstag, dem 17.8.91. Um 9.30 Uhr begann die Veranstaltung. Die Referentin (die Psychologin Frau Dr. Marenco de Blandón, Jg. 1948) kam um 8.30 Uhr nach Matagalpa, wir gaben ihr Frühstück (in meinem Haus); ich hatte die Gelegenheit, ihr die Situation der Versammlung zu erklären und das, was wir von ihrem Vortrag erwarteten. Am Anfang dachte ich, das Seminar würde drei Stunden dauern, aber wir waren erst um 15 Uhr fertig, und die Lehrer wollen noch weitermachen mit Fragen und Antworten.*

*Die Lehrerinnen wünschten, daß die Doktorin für weitere Gespräche wiederkäme. Möglicherweise holen wir sie am Ende des Schuljahrs im November.*

*Sie fuhr um 15.30 Uhr nach Managua zurück. Es war eine lange, aber sehr positive Sitzung; so hatten wir und auch die Lehrer etwas davon.*

*Aus den umliegenden Gemeinden nahmen 23 Lehrer teil, das bestätigt die beigefügte Teilnehmerliste. Insgesamt waren 70 Lehrer anwesend, das sind mehr als doppelt so viele Teilnehmer wie in der vorhergehenden Werkstatt, da waren es 30. Ich schicke ein Foto von den 10 Bänken, die mir am Samstagmorgen um 8 Uhr übergeben wurden;*

## Nicaragua '92

Postkartenkalender für 1992 mit 13 Motiven aus Nicaragua und Lateinamerika zur Unterstützung der Ausbildung von GrundschullehrerInnen und der Volksbildung.



Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung lateinamerikanischer Theologie, dem Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands und den Christen für den Sozialismus.

Preis: 11.- DM je Stück + Versandkosten (ab 10 Stück 10.- DM; Rabatt für Läden möglich).

Zu beziehen bei:

**Helga Vandirk**

**Borngasse 7**

**W-6253 Hadamar**

**Tel. (0 64 33) 62 95**

auf dem Foto sieht man nicht die ganze Beschriftung, die wir gemacht haben, die lautet: „Solidarität der Christen für den Sozialismus Deutschland“. Die an der Werkstatt teilnehmenden Lehrer konnten die Bänke schätzen lernen und benutzen, sobald sie ankamen. Dank in meinem Namen und in dem meiner compañeros ...

Um 12.30 Uhr nahmen alle Anwesenden eine Portion Hühnchen und ein Getränk (Sprudel) ein. Den Lehrern aus den Gemeinden gaben wir ihr Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt, von all dem füge ich Bescheinigungen und Belege bei. ... Unsere Seminare/Werkstätten weiten sich auf immer mehr Gemeinden im Department aus. Wir erreichen immer größeren Zugang zu unserer Lehrerschaft vor Ort.

Im Moment, an unserem letzten Kurs, nahmen sieben Gemeinden teil: San Ramón, La Dalta, Terrabona, Sébaco, Ciudad Dartó, Matiguás und Matagalpa-Stadt ...

Tatsache ist, daß Eure Hilfe entscheidend ist für die Erfüllung unserer Absichten und das Erreichen unserer Ziele.

Ich verspreche und versichere Euch, daß alles gut verwendet wird zu Gunsten der Lehrerschaft des Departments.

...

Untersuchen wir nun, nur im Überschlag, alle unsere Aktivitäten: Am 30. April hatte ich in meiner Hand 2988 US-\$ ... Zwischen Juni und September führten wir Projekte

durch, die der Ausbildung der Lehrer auf dem Gebiet der manuellen Fertigkeiten dienen, indem wir ihnen die Materialien gaben. Außer ihnen das Material zu geben, kümmerten wir uns um ihre Ausbildung. Wir haben die pädagogisch-psychologische Ausbildung durchgeführt, die ihnen half, ihre Qualitäten zu verbessern ...

Wir haben die Ziele erreicht, was die Gemeinden angeht, die uns betreffen; am Anfang dachten wir, nur an La Dalta und Matiguás, außerdem an Matagalpa. Wir haben jetzt Vertreter aus 7 Gemeinden erreicht.

Das Erreichte untersuchend können wir verweisen auf:

- Zusammenhalt der Lehrer von Matagalpa um ANDEN herum,
- Ausbildung auf dem Gebiet der Pädagogischen Psychologie,
- Begegnung mit in und außerhalb Matagalpa und Nicaragua angesehenen Psychologen,
- Erwerb von Fähigkeiten, die viele von unseren Lehrern nicht besaßen,
- Entwicklung von schöpferischen Verhaltensformen zur Verbesserung der praktischen Arbeit,
- das Vertrauen, das wir für die Organisation ANDEN von Seiten der Basis erreicht haben.

Wir haben nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben, aber wir haben Fortschritte erzielt. Das Wichtigste ist, daß wir mit Eurer Hilfe vorwärts schreiten ...

Ende September 1991 konnten wir (BRSD und Cfs) noch einmal 8.300 US-\$ über INIEP (das Volkshochbildungsinstitut von Pater Fernando Cardenal) als Mittler an Olivia Alvarez überweisen. Weitere Gelder erhoffen wir uns durch den guten Verkauf des Postkarten-Kalenders „500 Jahre - Nicaragua 92“. Er ist viel besser und schöner geraten als der Kalender 1991 (DM 11.-, über Helga Vandirk, Borngasse 7, W-6253 Hadamar). 2200 Exemplare haben wir drucken lassen; 500 sind schon nach Nicaragua als Geschenk verschifft.

Spenden für das Projekt werden erbeten auf das Konto B.R.S.D., Kreissparkasse Tübingen, Kto Nr. 1 354 951, BLZ 641 500 20.

## Umweltprobleme in der Ostseeregion. Initiativen zur Zusammenarbeit

Tagung der Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten in Stettin (18.-21. Sept. 1991)

Im Kloster der Franziskanerinnen trafen wir uns. Von der Straße des Arbeiterviertels schaute man über Wohnblöcke hinweg auf Altstadt und Hafen hinunter. Stettin, polnisch Szczecin, die Stadt, die sieben Mal in ihrer Geschichte die Nationalität gewechselt hat, schien geeignet für ein Treffen in diesem historischen Augenblick, da die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa

die Tore für neue Begegnungen aufgestoßen hatten. Mit großem Eifer hatten besonders die polnischen Studenten die Initiative zu neuen Kontakten ergriffen. Unermüdlich kümmerten sie sich um ihre Gäste: Vorlesungen, Exkursionen hatten sie organisiert, wiesen den Weg, bedienten bei den Mahlzeiten zusammen mit den Schwestern und luden auch die Protestanten zur Frühmesse ein. Das Thema unserer Gespräche lag in der Luft. Bei Nebel und Regen war der Braunkohle-Brandgeruch stark zu spüren, der uns noch von Besuchen im anderen Deutschland in Erinnerung ist. Und die Höfe - Spielplätze der Kinder - sahen besonders schwarz aus.

Stefan Edmann (Schweden) sprach bei der Eröffnung von einer „Pionier-Konferenz“. Prof. Nikodim Chlubek wies auf die Frage der Wasserqualität als ein Hauptproblem der Region hin. Nur 9% des Wassers aus Bächen und Flüssen sei Trinkwasser erster Qualität. Bei einer Länge von 80 km Kai-Anlagen ist die Gefahr von Öl-Unfällen groß. Eine weitere Schadensquelle ist der Industriemüll; es gibt 10.000 unkontrollierte Müllkippen. In Polen herrscht Wassermangel: Jeder Tropfen Wasser müsse zweimal gebraucht werden. Emissionen von Düngemitteln bilden eine weitere Schadensquelle. Zwischen der polnischen und deutschen Grenze ist das Wasser am meisten belastet, auf deutscher Seite mehr infolge von Wind und Strömung. Bei einem

Gespräch mit der Arbeitsgruppe erfuhr ich von Wünschen an die deutsche Seite. Das Oder-Delta sei eine gute ökologische Basis für einen Naturschutzpark.

Unsere erste Exkursion führte ins Staatsgut Kolbacze. (Das Verhältnis von staatlichen und privaten Betrieben ist 578 : 22.000.) Der Betrieb hält 25.000 Kühe, etwa ebenso viele Schweine und 10.000 Schafe. Ein zooteknisches Institut sorgt für die Herstellung von Futtermitteln und hat besondere Verfahren zur Gewinnung von Humus entwickelt. Die Gülle wird mit Hilfe von Bakterien aufbereitet und in Dünger umgesetzt. Ein Problem sei der enorme Wasserverbrauch.

In Police besuchten wir die 1969 gegründete Düngemittelfabrik. Hergestellt wird Sulfur- und Phosphor-Acid. Die Abwässer werden durch biologische Klärung gereinigt. Das Hauptproblem ist die Belastung der Atmosphäre mit Ammoniak und Sulfur. In Sichtweite türmt sich eine Phosphor-Gips-Hügelkette. Die Natur sorgt für Begrünung. In der letzten Station der biologischen Klärung sieht man Fische sich tummeln: Offenbar also ein Erfolg der Reinigungsmaßnahmen, die allerdings größere Flächen verbrauchen.

In einer Plenumsdiskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Umweltprobleme sich auch auf die anderen Regionen Polens erstrecken. Die Arbeiter in der Stahlproduktion von Nowa Huta erreichen ein

Durchschnittsalter von 49 Jahren. In Schlesien seien es 42 Jahre, so daß viele nicht annähernd das Rentenalter (65 J.) erreichen. Auch die ungarische Delegation beklagte das niedrige Lebensalter der Bevölkerung; infolge der Umweltbelastungen sei es mit 69 Jahren das niedrigste Europas (gleich mit dem der UdSSR; Statistik von 1986/87).

Die Diskussionen im Plenum und in den nationalen Arbeitsgruppen mündeten in eine Resolution ein, für die die schwedische Delegation vorgearbeitet hatte. Diese „Stettiner Erklärung“ (siehe unten) will dazu beitragen, die Ostsee vor dem baldigen biologischen Tod zu bewahren. Mit ihren Aussagen steht sie anderen Initiativen zur Seite. Zur gleichen Zeit fand eine Konferenz von Vertretern der Ostsee-Städte statt; Anfang Oktober folgte eine Konferenz von Parlamentariern in Lübeck. Die Radikalität der Forderungen - die Mittel für die Rettung sollen aus den Militärhaushalten genommen werden - entspricht der Dringlichkeit baldiger weitreichender Maßnahmen.

Die TeilnehmerInnen gestalteten gemeinsam einen Gottesdienst mit Lesungen, Liedern und Gebeten, in dem mehrsprachig Gottes Wille über seiner Erde verkündet wurde. Die Schöpfung preist die Herrlichkeit der Schöpfers (Ps 19). Die geängstete Kreatur sehnt sich nach Erlösung (Röm 8). Der Prophet schaut die erlöste Welt mit ihrem kristallklaren Wasser und ihren

Bäumen voll heilender Wirkung (Off 21).

Eine abschließende Rundfahrt durch Szczecin zeigte die schönen Seiten der alten Stadt, in der viele Freundschaften geknüpft wurden, denn „Freundschaft versetzt Berge“ (Stettiner Erklärung).

## Die Stettiner Erklärung: „Die ökologische Lage im Ostseeraum. Unsere gemeinsame Verantwortung“

Auf Initiative des „Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten“ (ILRS) und der „Christlichen Sozialdemokraten“ in Schweden trafen sich 40 Männer und Frauen aus Ökologie, Kirche und Politik zu einer Umwelt-Konferenz in Stettin (Szczecin)/Polen vom 18.-21. Sept. 1991 (siehe vorstehenden Bericht). Sie kamen aus Polen, Litauen, Estland, Ungarn, Schweden und Deutschland.

Vorträge, Exkursionen und Diskussionen vermittelten ein Bild der Probleme von Landwirtschaft, Industrie und Wasserhaushalt in ökologischer Perspektive. Diese Erklärung beabsichtigt, diese gemeinsame Arbeit und ihre Ziele darzustellen.

### Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit für die Ostsee

Die Umweltsituation in Europa ist sehr ernst. Besonders trifft dies für die Ostsee zu, die aufs schwerste verschmutzt ist. Als Christen und als betroffene Bürger haben wir unsere Verantwortung gegenüber der Schöpfung Gottes wahrzunehmen.

Zugleich gibt es positive Zeichen. Der Demokratisierungsprozeß in Ost- und Mitteleuropa und die in der Umweltproblematik stark engagierte öffentliche Meinung lassen für die Zukunft hoffen. Wir merken auch, daß die Einführung marktwirtschaftlicher Ordnungen keineswegs automatisch die Umweltprobleme löst. Nur der Wille der Menschen, der sich in starken Volksbewegungen und politischen Kundgebungen äußert, könnte zu einer gesellschaftlichen Entwicklung führen, die ökologisch akzeptabel ist.

Unsere Regierungen, unsere Kirchen und natürlich jeder einzelne von uns an seiner jeweiligen „Basis“ - alle sind moralisch verantwortlich für die Herausbildung und Verwirklichung einer Vision, der es um die Rettung der Natur geht. In drei Punkten könnte dies dargestellt werden:

1. Unsere führenden Politiker in der Ostsee-Region müssen ihre Zusammenarbeit wirksamer verstärken. Der Transfer von Technologie und Know-how im Bereich der Ökologie sowie die Schaffung günstiger finanzieller Bedingungen zur Unterstützung der Umweltbemühungen in Mittel- und Osteuropa sind zu intensivieren.

Wir begrüßen die Initiative der Regierungen im Ostseeraum, zusammen mit einigen Finanzinstituten eine Sonderkommission zu bilden mit dem Ziel, die Umweltqualität der Ostsee wiederherzustellen.

Die Kosten für die notwendige Sanierung sind erschreckend hoch. Nach unserer Meinung führt der einzige moralisch begründbare Weg dorthin über eine drastische Kürzung der Militärbudgets.

Wir fordern auch die Entfernung aller atomaren Waffen aus dem Gebiet rund um die Ostsee und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone.

2. Die Kirchen in unseren Ländern müssen ihre Verantwortung für die Umwelt übernehmen. Sie sollten Politiker und Regierung beeinflussen, umweltfreundliche Entscheidungen zu treffen. Sie sollten ihre Mitglieder zu einem umweltgemäßen Lebensstil erziehen und unterweisen, der sich der Grenzen bewußt ist, die uns von der Natur und Ökologie gesetzt sind. Das ist besonders in den konsumorientierten westlichen Ländern entscheidend wichtig.

3. Als Menschen an der „Basis“ der Kirchen und der politischen Organisationen und Bewegungen können wir einander zu erhöhten Bemühungen motivieren. Netzwerke sollten in unseren Ländern und zwischen ihnen entstehen, damit die Kontakte zwischen Einzelnen und zwischen Organisationen dadurch Unterstützung finden. Auf diese Weise lassen sich Kenntnisse, Partnerbeziehungen, neue Technologien und spannende Umweltprojekte entwickeln. Auf lange Sicht hin können auch kleine Aktionen im täglichen Leben, die zunächst

unbedeutend erscheinen, große Bedeutung gewinnen. Es kommt auf die Teilnahme eines jeden Einzelnen an.

Wir weisen besonders auf einige Gebiete hin, in denen rasches Handeln notwendig ist, damit sich die Ostsee erholen kann:

A. Nitrogene und Pestizide aus unseren landwirtschaftlichen Betrieben gelangen durch verschiedene Abwasserkanäle in die Ostsee. In Schweden, Dänemark und Westdeutschland rührt das vor allem daher, daß die sog. moderne Landwirtschaft die Selbstreinigungsmethoden der Natur zerstört hat, wie natürliche Flußläufe und Feuchtgebiete. Wir rufen die Länder Ost- und Mitteleuropas auf, bei der Entwicklung ihrer Landwirtschaft diese Fehler nicht zu wiederholen.

B. Wir befürworten in sämtlichen Entscheidungen, die die Umwelt betreffen, eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Nachbarstaaten der Region.

Dies könnte aktuell werden bei den Plänen für einen Ölhafen in Litauen; es ist ebenso relevant für das Projekt einer Brücke zwischen Schweden und Dänemark, welches die künftige Gesundheit der Ostsee ernsthaft aufs Spiel setzen könnte.

Wir fordern, daß alle betroffenen Länder der Ostseeregion in die Forschungen über Auswirkungen der Projekte auf die Umwelt uneingeschränkt einbezogen werden, und wir betonen die Dringlichkeit einer

internationalen Auswertung dieser Studien.

C. Wir schlagen die Einrichtung eines gemeinsam getragenen Ostsee-Notdienstes vor, der bei Unfällen auf See tätig wird. Die Organisation könnte durch Bußgelder bei Umweltdelikten finanziert werden.

D. Wir unterstreichen die Notwendigkeit einer umweltbewußten Erziehung auf allen Ebenen unserer Gesellschaft.

E. Wir schlagen vor, den estnischen Naturschutzpark Ostseeinseln auszuweiten auf die Hoheitsgewässer der Nachbarländer.

F. Die Existenz eines Atomkraftwerkes wie das von Ignalina (Litauen) stellt eine Langzeitbedrohung für die gesamte Region dar. Wir schlagen vor, neue Investitionen auf dem Energiesektor in erneuerbare Energiequellen und unter Berücksichtigung der Energiesparmöglichkeiten zu tätigen. Weitere Investitionen in die Gewinnung von Atomkraft lehnen wir ab.

G. Um weitere Umweltschädigungen zu reduzieren, ist in allen Ländern der Region bleifreies Benzin einzuführen.

H. Die enormen Mengen von Müll, der durch die Haushaltungen anfällt, sind eine schwere Belastung für Luft, Wasser und Boden. Wir unterstützen die Verwendung von recyclingfähigen Materialien sowie strenge Vorschriften zur

Einschränkung des Müllaufkommens. Auch auf diesem Gebiet sollte Mittel- und Osteuropa die Fehler Westeuropas nicht wiederholen.

Wir wollen die Zusammenarbeit fortsetzen, die mit der Stettiner Konferenz begonnen hat. Wir möchten unsere Kontakte mit den politischen Organisationen und Kirchen in unseren Ländern ausweiten.

Wir werden die Initiative ergreifen, parallel zu der für 1992 geplanten Ostsee-Konferenz der Regierungsvertreter ein Treffen mit Vertretern der Kirchen und anderer „non-governmental“ (regierungsunabhängiger) Organisationen vorzubereiten.

Ökologie muß ökumenisch sein. Wir sehen der Zusammenarbeit in Umweltfragen für die 90er Jahre zuversichtlich entgegen. Wir sind überzeugt, daß Freundschaft Berge versetzen kann.

*Stettin (Szczecin), September 1991*

*Weitere Informationen über:*  
Konrad Chlubek, ul. Staffa 7,  
71-151 Szczecin, Poland  
Fax +48-91-239323  
oder

The Christian Social Democrats in  
Sweden, P.O. Box 70403,  
S-10725 Stockholm, Sweden  
Tel. +46-8-7002600,  
Fax +46-8-111795.

## C & S - Bibliothek

Bücher, die uns wichtig sind

### Sich erinnern, um Gottes willen sich erinnern ...

**Das Jüdische Museum in Prag.** Von schönen Gegenständen und ihren Besitzern (hg. von der Alten Synagoge Essen: *Edna Brocke* und *Michael Zimmermann*), Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 1991, 240 S., DM 39,80.

Genau genommen gab/gibt es drei „jüdische Museen“ in Prag. Das erste war eine Sammlung jüdischer Zeremonialgegenstände im Hause der alten Prager „Chewrah Kadischah“ (Beerdigungsbruderschaft), die 1906 begonnen wurde, nachdem drei alte Synagogen der „Assanierung“ der ehemaligen Prager Judenstadt zum Opfer gefallen waren. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Hitler-Armee in die Tschechoslowakei begannen Prager Jüdinnen und Juden angesichts der drohenden und bereits einsetzenden Enteignungen und der ersten Deportationen mit einer Sammlung der Kulturgüter, die in den Synagogen, Bibliotheken, Archiven und Amtsräumen der jüdischen Gemeinden aufbewahrt waren sowie mit einer fotografischen Dokumentation der historischen Gebäude und Friedhöfe. Entgegen anderslautenden Deutungen, die eine Initiative der SS-Besatzungsmacht an den Beginn dieser Tätigkeit stellen, geschah diese Arbeit zunächst geheim, „hinter dem Rücken der SS“. Es sollte zugleich damit das Sachvermögen der jüdischen Gemeinden erfaßt werden, damit es im Fall einer Beendigung des

Nazi-Terrors zurückgegeben werden könnte.

Es zeigte sich jedoch, daß dieses Ziel nicht ohne Wissen der Nazi-Behörden durchzuführen war, und so verbanden sich in makabrer Weise die Interessen der jüdischen Sammler mit denen der SS, die für „Schulungszwecke“ (und wahrscheinlich auch, um später einmal der Bevölkerung die vorgebliche „Minderwertigkeit“ der jüdischen Mitbürger vorführen zu können) die Einrichtung eines, wie es dann hieß, „Zentralen jüdischen Museums“ in Prag guthießen und überwachten. Im Jahre 1942 verband sich im Kontakt mit Adolf Eichmanns „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden“ mit dieser musealen Sammelstätigkeit auch die Deponierung, Erfassung und Dokumentation der beweglichen Habe der jüdischen Menschen, die vor ihrer Deportation allen Eigentums beraubt wurden. Die einzige Überlebende aus der unter der SS-Aufsicht tätigen Mitarbeiterschaft, Hana Volavková (1904-1985), schreibt deshalb:

*„Das Jüdische Museum in Prag ist das Werk von Menschen, die bei dieser Arbeit ums Leben kamen. Es ist ein Museum, das auf dem Marsch in die Gaskammern geschaffen und installiert wurde.“*

Nach 1945 wurde Hana Volavková mit der Verwaltung der Sammlungen betraut, aus denen 1947 das „Staatliche Jüdische Museum zu Prag“ (das somit dritte in der Reihe) hervorging, aus dessen Exponaten nun die Gedenkstätte „Alte Synagoge“ in Essen eine

Ausstellung konzipierte und zusammenstellen ließ, die mit dem vorliegenden Band dokumentiert wird. Zu den Textbeiträgen gehören u.a. eine kurze Biografie von Hana Volavková sowie der umfangreiche Beitrag „Das Schicksal des Jüdischen Museums während der deutschen Besatzung“ von Hana Volavková selbst.

Beides, das Buch und die Ausstellung (die bis zum 2. Jan. 1992 dauert) gehören zusammen, denn das großformatige und mit zahlreichen, auch farbigen Abbildungen ausgestattete Werk enthält auch Beiträge zur Konzeption der Gedenkstätte „Alte Synagoge“ in Essen. Auch wenn die Ausstellung in der Ruhmetropole Anfang 1992 zu Ende ist, so behält das Buch seinen eigenen Wert durch die Textbeiträge sowie als wertvolle Dokumentation. Außerdem läßt sich das heutige Museum in Prag - mit noch wesentlich umfangreicheren Sammlungen von Exponaten - besuchen. Ausstellungsgebäude ist wie 1906 die Zeremonienhalle der Chewrah Kadischah.

Buch wie Ausstellung lassen sich aus verschiedenem Blickwinkel bzw. Interessenschwerpunkt betrachten. Da ist zuerst die Freude an den wertvollen und schönen Zeremonialgegenständen und den Bildern aus dem jüdischen Leben der alten Zeit, wie den prächtigen und anschaulichen Darstellungen der Tätigkeit der Chewrah Kadischah. Sie droht zu einem unhistorischen, ästhetischen Philosemitismus zu werden, wenn nicht die beiden anderen Aspekte hinzutreten: Die Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und der Slowakei (in dem Beitrag von Livia Rothkirchen bis 1989 weitergeführt) - und das Schicksal und Vermächtnis dieses in der Shoah fast völlig vernichteten

jüdischen Lebens. Das Buch macht das spannungsvolle Zueinander dieser Aspekte nicht zuletzt durch die verschiedenen Textbeiträge deutlich, die zum unerläßlichen Einstieg in die Ausstellung bzw. die Bilddokumentation werden (zu der auch von Kindern in Theresienstadt gemalte Bilder gehören).

Und ebenso unterstreicht die Museumskonzeption der „Alten Synagoge“ an der Steeler Straße in Essen diese Spannung: der kahle, wiederaufgebaute Raum des mächtigen jüdischen Gotteshauses von 1913, das seit der Pogromnacht 1938 entweiht, zerstört und dem kultischen Gebrauch entzogen ist; der weißgekalkte, völlig leere einstige Tora-Schrein in der Längsachse gegenüber dem Eingang, die zur zentralen Blickachse für den Besucher wird, der sich zugleich auf einem guten Dutzend von Monitoren als Teil der dargestellten „Welt“ wahrzunehmen hat - ein „Museum“, das den Schrecken darüber festhält, daß alles, was hier zu sehen ist - der leblos gewordene einstige Gottesdienstraum ebenso wie die Präsentationen und Exponate - nur da ist und nur so ist, weil dieser millionenfache geplante Mord an Juden geschehen konnte.

Das vormalige „Zentrale jüdische Museum“ in Prag unter der SS-Herrschaft erwies sich übrigens als zu dem von den Nazis angestrebten Zweck nicht brauchbar. Am 6. April 1943 (erzählt Hana Volavková) besichtigte der SS-Sturmbannführer Hans Günther, Dienststellenleiter des „Zentralamtes zur Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“, die fast fertige Ausstellung. Die beiden ihn begleitenden Vorsteher des damaligen jüdischen Ältestenrates mußten ihm, nicht ohne

Verlegenheit, das Passahritual erklären, in welchem erzählt wird, welches Ende die Unterdrückung der Juden durch die Ägypter (Ex.1,13f.) nahm - was im April 1943 angesichts der beginnenden Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg prophetische Aktualität (ähnlich beim Thema „David und Goliath“) anklingen ließ. Der genannte SS-Offizier schien dumpf die beklemmende Dramatik dieses stummen Dialogs mit dem Betrachter zu ahnen und befahl zunächst, die Ausstellung mit einer eigens angefertigten „naturalistischen“ Figur eines betenden „Juden“ sowie mit einer vermeintlich eindrücklich-abstoßenden Darstellung des rituellen jüdischen Schächtens auszustatten. Als auch dieser Versuch einer Pejorierung den Gesamtcharakter des Museums nicht im Sinne der Oberaufseher wirklich veränderte, kam die Anweisung, nur jener Herr Günther und sein Gefolge dürften die Räume betreten und besichtigen.

Im Umkreis der Shoah werden auch bloße, nackte Zahlenangaben über „Dinge“ zur grauerregenden Aussage über Menschen: Im Prager Museum wurden aus den zerstörten und entweihten Synagogen der Tschechoslowakei über 2800 Tora-Vorhänge, mehr als 4000 Tora-Mäntel, etwa 2000 Tempeldecken und über 1800 Tempelkissen gesammelt. Dazu gehören die 77.297 Namen der jüdischen Genozid-Opfer aus Böhmen und Mähren, die Hana Volavková an den Wänden der Pinkas-Synagoge in Prag anbringen ließ (1968 von den kommunistischen Machthabern wieder entfernt!), und ich denke an die 6 Lampen hoch auf dem Dach über dem Platz vor der Westmauer in Jerusalem, von denen *jede eine Million* ermordeter jüdischer Menschen bedeutet. *Nicht vergessen,*

*sich erinnern, um Gottes willen und um seines Volkes willen sich erinnern ...*

Dazu trägt dieses Buch bei. Angesichts der umfangreichen Bilddokumente, der Textbeiträge und des großzügigen Formats ist der relativ niedrig gehaltene Preis eine zusätzliche Empfehlung.

EG

## Eberhard Röhms, Jörg Thierfelder: *Juden-Christen-Deutsche.*

Calwer Verlag (ctb 8) Stuttgart 1990, ISBN 3011-2, DM 29,80

„Ausgegrenzt“ - so nennen die Autoren mit Recht das Ziel und Ergebnis der antijüdischen Maßnahmen in den Jahren 1933 bis 1935. Sie zeigen auf - und es ist wichtig, daß das den Nachfahren bewußt wird -, wie die Gesetzgebung gegen die Juden nicht gleichsam über Nacht vom zweifelhaften Himmel des Deutschen Reiches fiel, sondern zielstrebig, rasch und stetig vorangetrieben wurde.

Auf diese Weise wurde das Netz der Verfolgung viel unentrinnbarer geknüpft, als es mit einem schlagartigen Zugreifen möglich gewesen wäre.

Die Fäden zu diesem Netz wurden praktisch aus allen Teilen des deutschen Volkes gewirkt, nahezu jeder einzelne gab sich dazu her, Kirchen, Vereinigungen, Institutionen jeder Art machten keine Ausnahme, sie waren zumindest auf Anpassung und Gleichschaltung bedacht, wenn sie nicht selbst ganz oder teilweise dem nationalen Größenwahn verfielen, für den die Juden den Sündenbock abzugeben hatten. Mit Ekel und Abscheu wendet man sich

von den Dokumenten kirchlicher Verlautbarungen, wenn man gelesen hat, wofür von berufenen Stellen der Name Gottes bemüht und mißbraucht wurde. Noch heute erfüllt es mit Scham, einer solchen Kirche anzugehören.

Den beiden Verfassern ist die Erarbeitung dieses Buches hoch zu danken. Sie haben sich einer enormen Arbeit unterzogen - sowohl seelischer Einfühlung als auch Aufarbeitung von Literatur, die der einzelne gar nicht leisten könnte. Sie gehen sehr behutsam mit dem gesamten Material um, vermeiden jede Art von Schwarz-Weiß-Malerei, versuchen, Zusammenhängen gerecht zu werden. Nicht nur Überblicke bieten sie, sondern auch das Detail, nicht nur Gesetze, sondern auch den betroffenen Menschen, das persönliche, individuelle Schicksal, wobei es ihnen gelingt, bei aller menschlichen Betroffenheit sachlich und nüchtern zu bleiben.

Sie brechen Tabus, wenn es um klare Benennung von Schuld und Schuldigen geht, und zitieren dazu nicht nur, sondern geben dem Leser die Dokumente zum Einblick. Als Frau mit jüdischer Identität fühle ich mit den Betroffenen und bin selbst betroffen.

Dieses Buch hat im Interesse der Opfer, die immer wieder gern als die Schuldigen gehandelt und betrachtet werden, bis jetzt gefehlt. Es war hohe Zeit, daß es erschien. Dem Verlag ist die Herausgabe sehr zu danken.

Übrigens werden zahlreiche religiöse Sozialisten in dem Buch genannt, z.B. Paul Tillich, Friedrich Siegmund-Schultze, Leonhard Ragaz, Gotthilf Schenkel, dazu Martin Buber und Hans Ehrenberg, von denen es nicht eigens erwähnt zu werden braucht, daß sie religiöse Sozialisten waren. Auf S. 87

ist die Titelseite unserer damaligen Zeitschrift abgebildet.

Jeder, der Interesse an zusammenhängender, guter Information über die aus der zeitlichen Distanz verblassenden, aus menschlichen Sicht unfaßlichen und unglaublichen Vorgänge im Dritten Reich hat, sollte das Buch besitzen. Nach der ersten Information durch Lesen wird es ihm als Nachschlagewerk unverzichtbar.

Sieglinde Feldmann

## Unser Planet auf 128 Seiten!?

*Der Öko-Atlas.* Hg. von *Joni Seager.* Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1991, 128 S., DM 29,80 (ISBN 3-8012-0172-4)

Noch ein Öko-Buch; schon wieder die Apokalypse im Vierfarbdruck - schade um das Papier??

Vielleicht - aber das Buch ist gut!

Der Hauptteil besteht aus 37 doppelseitigen Weltkarten mit Statistik-Graphiken zu 37 ökologisch aktuellen Themen: Die Erde - ein Treibhaus. Hunger und Überfluß. Genschwind. Vormarsch der Wüsten. Wuchernde Städte. Die Atom-Gemeinde. Trübe Atmosphäre. Saurer Regen. Geschäfte mit Giftmüll. Löcher im Himmel. Krieg gegen die Natur. Der Fluch der Atomwaffen - um nur einige zu nennen. Ein Team von 18 WissenschaftlerInnen hat den Atlas hergestellt; eine Hundertschaft von Personen und Institutionen hat punktuell mitgearbeitet.

Das dargestellte Datenmaterial ist unglaublich groß. Zu jeder Karte gibt es überdies eine erläuternde Einführung

von maximal einer Seite - die man vor dem Kartenstudium lesen sollte. Alle Quellen werden akribisch genannt - zum größten Teil „offizielle Zahlen“. Die Informationen werden prägnant und übersichtlich in die Kartendarstellung umgesetzt. Großartige Arbeit haben die GrafikerInnen geleistet. Die entwickelten Symbole sind oftmals niedlich bis bitter-ironisch. Ein Beispiel: die Karte Nr. 15 behandelt das Thema Müll. Die täglichen Müllmengen einzelner Städte werden mittels einer kleinen, einer großen und einer größeren überfüllten Abfalltonne, von der der Deckel wegfliegt, dargestellt. Europa ist als Fenster in größerem Maßstab eingeblendet, ohne andere Regionen zu verdecken. Ein zweites und ein drittes Fenster stellt den prozentualen Anteil der Abfallbeseitigungsarten der zwölf größten Industriestaaten als Säulen dar sowie die Anteile am Welt-Müll innerhalb eines Hundert-Prozent-Kreises. Ein viertes Fenster enthält die oben angesprochene Legende. Bei der schriftlichen Beschreibung mag das etwas verwirrend klingen; als Kartengrafik ist es aber völlig überschaubar.

Der „Atlas“ wird abgerundet durch ein alphabetisches Länderverzeichnis, das Bevölkerungswachstum, Kohlen-

dioxyd-Emissionen, Verbrauch von Kunstdünger usw. aufführt. Es muß eine riesige Arbeit gewesen sein, die Daten zusammenzubringen und vor allem so anschaulich darzustellen. Zum Teil sind die Karten (ich weiß, es ist zynisch) einfach schön.

Das Werk ist auf hohem Niveau, sehr informativ und - für entsprechend interessierte Leute - empfehlenswert. In spätestens zehn Jahren wird es nur noch bedingt brauchbar sein; dann gibt es sicher eine überarbeitete Auflage. Aber was soll's, ein Straßenatlas ist höchstens drei Jahre brauchbar, ein Branchen telefonbuch ein Jahr und der Umweltschutzbericht der Firma Henkel gar nicht.

Der Verlag legt Wert auf die Information, daß das Papier aus dem Holz europäischer Wälder stammt, deren Wiederaufforstung auf Wachstum angelegt ist.

Die Londoner Originalausgabe 1990 hieß: „The State of Earth“ („state“ bedeutet im Englischen sowohl „Zustand“ als auch „Staat“; das Wortspiel ist nicht übersetzbar). Vielleicht wäre statt „Öko-Atlas“ eine Übersetzung schöner gewesen, die diesen Planeten als das beschreibt, was er ist: **Ein Land mit dem Namen Erde.**

Jürgen Kamenschek

In eigener Sache:

## Politik kostet!

Liebe Leserinnen und Leser von C&S!

Alle wollen Ihr Geld - wir auch!?! Tatsächlich ist die Zeitschrift „Christ und Sozialist“ so wie der Bund der Religiösen Sozialisten und alle anderen politischen Organisationen auf Spenden angewiesen, um sinnvoll arbeiten zu können.

Der Abonnementspreis von DM 20.- im Jahr deckt noch nicht einmal die Herstellungs- und Versandkosten von C&S. Wir bitten deshalb alle AbonnentInnen von C&S, die über ein eigenes Einkommen verfügen, ein Förderabo in Höhe von DM 30.- oder mehr zu zeichnen (der DM 20.- übersteigende Betrag ist steuerlich ebenso absetzbar wie eine Spende); so können wir für Nichtverdienende den Preis von DM 20.- aufrechterhalten.

Der Bund der Religiösen Sozialisten macht aber noch mehr politische Arbeit - Stände auf Kirchen- und Katholikentagen, Flugblätter, Tagungen und mehr. Diese Arbeit möchten wir gerne intensivieren, aber das kostet Geld. Neben dem Druck von Materialien möchten wir z. B. Studierenden und anderen Nichtverdienenden Zuschüsse zu Tagungskosten zahlen können, möchten neu entstehenden Regionalgruppen des Bundes finanzielle Starthilfe geben usw. Wir sind daher auf neue Mitglieder (die auch bereit sind, ihre Zeit und ihre Fähigkeiten einzubringen), aber vor allem zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen für den Bund auf Spenden angewiesen.

**Deshalb:** Wir bitten Sie um ein Förderabo oder eine Spende auf unser Konto Nr. 189 389-464 beim Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46)!

## Nachtrag zu „All unsere Sünden ...“ (C&S 3/91)

Zu dem „neuen Gebet zu Jom-Kippur“ auf den ersten Seiten des vorigen Heftes (C&S 3/91) gehörte ein erklärender Text, der der begrenzten Seitenzahl zum Opfer gefallen war. Wir möchten ihn im folgenden nachholen:

*„Bitte ausschneiden und in die Synagoge mitbringen“ schreibt der Verfasser dieses Gebetes zum Großen Versöhnungstag an den Rand des Artikels in dem US-amerikanischen jüdischen Magazin TIKKUN. Der Text stammt von dem Herausgeber von Tikkun, Michael Lerner, selbst. Er hat ihn für Jom-Kippur 5721 (September 1990) selbst zusammengestellt. Aber er ist noch ebenso aktuell für dieses Jahr. ChristInnen/SozialistInnen mögen ihn mit wenigen Umformulierungen für sich überdenken oder gar als Confiteor sprechen.*

*TIKKUN heißt „(die Welt) heilen/erneuern/verändern“. Die englischsprachige „kritische jüdische Vierteljahresschrift für Politik, Kultur und Gesellschaft“ erscheint seit 1986 (Adresse siehe 3. Umschlagseite von C&S 3/91).*

*Michael Lerner hat folgende Einleitung diesem Gebet zu Jom-Kippur vorangestellt:*

Wir laden dazu ein, diesen Text als Ergänzung (nicht als Ersatz) beim traditionellen Jom-Kippur-Gebet zu benutzen.

Am Großen Versöhnungstag (Jom-Kippur) übernehmen wir gemeinsame Verantwortung für unser Leben und für die Taten der Gemeinschaft, von der wir ein Teil sind.

Obwohl wir uns darüber klar sind, daß wir die Welt nicht gemacht haben, in die wir hineingeboren wurden, haben wir nichtsdestoweniger, solange wir an ihr teilhaben, Verantwortung für den Zustand, in dem sie ist. Obgleich die Gefahr eines Angriffs von außen auf Amerikas militärische Sicherheit zurückgegangen ist, leben wir in einer Gesellschaft, die gewaltige Summen verschwendet für Militärausgaben, während sie das Elend der Hungernden, Obdachlosen, Armen ignoriert. Wir sind Teil einer Wirtschaft, die die wertvollen Ressourcen der Welt verschleudert und das Lebenserhaltungssystem des Planeten zerstört - alles im Namen einer „Freiheit“ für einzelne Körperschaften, endlosen Profit aufzuhäufen, ohne sich um das Wohlergehen der übrigen Menschheit zu kümmern. Wenn wir auch nicht persönlich diese Politik und dieses Gesellschaftssystem geschaffen haben, so lehrt uns unser jüdisches Erbe doch, als Mitglieder dieser Gesellschaft kollektive Mitverantwortung für ihre Sünden zu übernehmen.

In diesem Jahr geht es besonders um die Situation unseres Volkes im Staat Israel. Es sind nun fast drei Jahre, seit das palästinensische Volk den Aufstand begann und seine Freiheit einforderte; darum ist es besonders erstaunlich, wie wenig getan wurde, um seiner legitimen Sehnsucht nach nationaler Selbstbestimmung zu entsprechen. Wir meinen, daß das jüdische Volk nicht die Umstände geschaffen hat, die nun Israel die Rolle auferlegen, Regierungsgewalt über 1 1/2 Millionen Palästinenser zu

übernehmen, die sich vielmehr selbst verwalten wollen. Es gab Juden, die eine Heimstätte und Zuflucht vor der Unterdrückung in Europa und den arabischen Ländern benötigten - aber um diesen Zufluchtsort zu schaffen, setzten die Juden ihr eigenes Verlangen nach einer nationalen Selbstbestimmung in Opposition zu dem Verlangen des palästinensischen Volkes nach einem eigenen Vaterland. Es war verständlich, daß wir unsere ursprüngliche Heimat wiederaufbauen wollten. Und die fortdauernde Arroganz vieler arabischer Staaten, wie sie kürzlich im Verhalten des Irak demonstriert wurde, erinnert uns daran, wie wichtig es ist, daß wir ein sicheres und starkes Israel haben. Aber wir tragen Verantwortung als Volk dafür, daß wir in diesen vergangenen Jahren nicht alles Denkbare getan haben, den Konflikt mit dem palästinensischen Volk zu lösen, und daß wir der Regierung Israels erlauben, gefühllos und arrogant zu den Palästinensern zu sprechen, die seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern fern von ihrer

Heimat dahinsiechen. Gerade weil wir Israel so sehr lieben und unterstützen, müssen wir auch Buße tun für die Beleidigung und Mißachtung der moralischen Werte des jüdischen Volkes.

Ebenso haben wir nicht die Familiensituation, die Klassengegensätze, die sozialen Spannungen und Lebensumstände geschaffen, von denen unsere Persönlichkeit bisher geprägt wurde, aber wir sind keineswegs passive Opfer unserer Kindheit oder der äußeren Realitäten. Es liegt an uns, daß wir uns für den Prozeß der Selbstveränderung engagieren.

Wenn der Kampf für die Veränderung unserer Welt und unseres eigenen Wesens auch lang und schmerzvoll sein mag, es ist unser Kampf. Niemand kann ihn an unserer Stelle kämpfen. Soweit wir es im vergangenen Jahr versäumt haben, alles zu tun, was uns möglich war, in persönlichen und im gesellschaftlichen Bereich, bitten wir Gott um Vergebung und einander um kollektive Versöhnung.

*(Übersetzung: Erhard Griese)*

## Abo und Geschenk-Abo „Christ und Sozialist“

Seit 42 Jahren erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen SozialistInnen: **CHRIST UND SOZIALIST**.

Das Jahresabonnement kostet DM 20.- (Ausland DM 25.-) inkl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein „Förder-Abo“ gedeckt werden, um das wir LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30.-, DM 50.- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialisten beträgt z. Z. DM 70.- pro Jahr; darin ist das Abo für „Christ und Sozialist“ sowie der Mitglieder-Rundbrief enthalten. Beträge über DM 20.- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: B.R.S.D., Pf. 25 21, 74 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im B.R.S.D. (Bezug von „Christ und Sozialist“ inkl.!).

Hiermit abonniere ich „Christ und Sozialist“ ab Heft \_\_\_\_\_

zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.

zum Förderpreis von DM \_\_\_\_\_ im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von „Christ und Sozialist“ von Heft \_\_\_\_\_

bis Heft \_\_\_\_\_ / bis auf Widerruf\* für

\*Nichtzutreffendes streichen

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.

zum Förderpreis von DM \_\_\_\_\_ im Jahr.

Besteller: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch „Alt-AbonnentInnen“).

Kontoinhaber: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialisten e.V. widerruflich

eine einmalige Spende in Höhe von DM \_\_\_\_\_

die Abo-Gebühr für „Christ und Sozialist“ von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr,

die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM \_\_\_\_\_ im Jahr

von meinem Konto bei der (Kreditinstitut:) \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_ Konto-Nr. \_\_\_\_\_ einzuziehen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein  Neu-Abo /  Alt-Abo.

## Inhaltsverzeichnis:

„... ströme ein in uns ...“ (Gebet) / Hans-Adam Ritter	1
Es ist wieder Pogrom-Zeit in Deutschland / Ulrich Peter	2
„Sie kamen, um uns zu schlagen“ / Interview mit einem Flüchtling aus Hoyerswerda	6
Friedensperspektiven in Nahost / Martin Stöhr	8
„Du lebst, solange du lernst.“ Chaim Seeligmann - ein jüdischer Sozialist / Theodor Schulze	12
Gegen Gewalt und Fremdenhaß (Resolution)	23
„Das Kreuz auf den Marktplatz“. Gedenken an George MacLeod / Christof Kötter	24
C&S-„Intern“: Aus der Arbeit des Bundes	27
darin: Resolution zum Lehrverbot für E. Drewermann	29
C&S-Umschau: Internationale Arbeit und Internationaler Bund	32
C&S-Bibliothek: Bücher, die uns wichtig sind	40

## Mitarbeiter dieses Heftes:

Sieglinde Feldmann, Bornstedter Str. 1, O-3101 Eichenbarleben

Reinhard Gaede, Laarer Str. 297, W-4900 Herford

Jürgen Kamenschek, Collenbachstr. 93, W-4000 Düsseldorf 30

Christof Kötter, Rohrbacher Str. 110/125, W-6900 Heidelberg

Thomas Kremers-Sper, Prinzenstr. 37, W-4100 Duisburg

Ulrich Peter, Albertstr. 1, W-1000 Berlin 62

Hans-Adam Ritter, Rotbergerstr. 25, CH-4054 Basel

Theodor Schulze, Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld,

Universitätsstraße, W-4800 Bielefeld 1

Martin Stöhr, c/o B.R.S.D., Postfach 25 21, W-7400 Tübingen

**Christ und Sozialist** wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Erhard Griese (Willich), Udo Fleige und Karin Bassler (Tübingen).

Erscheinungsweise vierteljährlich.

Bezugspreis z.Zt. jährlich DM 20.- (Ausland DM 25.-) incl. Porto. Zahlungen zu Beginn des Kalenderjahres bitte selbständig an den Bund der Religiösen Sozialisten, Postgiro Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46). Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. **Förderabo** DM 30.- oder mehr. Beträge über DM 20.- sind als Spende steuerlich absetzbar.

„Christ und Sozialist“ kooperiert mit „Neue Wege“, Zürich.

**Redaktion:** Erhard Griese (Schriftleitung), Krusestr. 20, 4156 Willich 1; Reinhard Gaede, Herford; Ulrich Peter und Gunter Schwarze, Berlin; Dirk Köster, Reinhäuser Landstr. 62, 3400 Göttingen (Werbung/Anzeigen).

**Abonnements und Retours:** B.R.S.D., Postfach 2521, 7400 Tübingen. Kündigungen zum Jahresende wirksam.

**Layout:** Thomas Bassler, Tübingen. **Druck:** Hephata-Werkstätten, Mönchengladbach.

**Umschlag:** Druckladen, Bochum.

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

# Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Das „edle Wort“ (H. Gollwitzer) Sozialismus ist in der Geschichte ebenso verdorben worden wie das „edle Wort“ Christentum. Beide verdienen es, gereinigt zu werden durch Rückführung auf das in ihnen ursprünglich Gemeinte.

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das Reich Gottes für diese Erde verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund des Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift „Neue Wege“ (Zürich). Er gab 1921 seine Theologieprofessur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militarismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten „Bundes der religiösen Sozialisten“ und Schriftleiter des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsentoben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund Religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische „Bruderschaftsbewegung“ ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den „Cristianos en la Revolución“ Nicaraguas die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,  
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**